

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Es schleicht!

F.K. Während eine warme Sonne Wald und Flur bescheint und dort frisches Leben weckt, herrscht in den politischen Gefilden erstarrender Frost. Der Staatskarren ist festgefroren, und wenn es mit vielem Weh und Ach gelingt, ihn loszuweisen, rutscht er nur noch tiefer in die Schollen. Den Beweis hierfür haben die jüngsten Sitzungstage des Reichstages abermals erbracht, und es steht zu befürchten, daß diese Beweisführung die nächsten Tage und Wochen noch munter weitergeht. Es ist daher begreiflich, daß die Gemütsverfassung der Bürger immer mieser wird und sich ihrer so etwas wie eine Untergangsstimmung bemächtigt.

Das hat auch der Herr Reichskanzler erkannt. Er hat dem abzuweichen versucht mit der Erklärung, daß man jetzt „nicht weich werden“ dürfe, denn wir seien ja „nur noch hundert Meter von dem Erfolg“ entfernt. Wenn diese Weissagung nur nicht an jene erinnerte, daß der „Sieg ist zum Greifen nahe“ sei! Hundert Meter im politischen Raume sind gewiß eine kurze Strecke, aber doch lang genug für kabalistische Streiche und Ministergräber. Daß dies eine Binsenwahrheit ist, wird Herr Wilhelm Groener aus Ludwigsburg gerne beschwören.

Die Mahnung des Herrn Dr. Brüning, jetzt ja nicht weich zu werden, ist vortrefflich, besonders dann, wenn sie der oberste Mann eines republikanisch-demokratischen Staates als auch für sich gültig hält. Zunächst und vor allem haben die Nationalsozialisten und ein Kreis von Generälen diese Mahnung, auf ihre Weise natürlich, beherzigt. Die Nationalsozialisten haben gleich nachdem die Mahnung im Reichstag ausgesprochen war, dort einen sozialdemokratischen Journalisten niedergeschlagen und die Generäle, von Herrn Schleicher geführt, haben ihren Vorgesetzten, den Wehrminister Groener, gestürzt. Man hat diese Vorgänge, wohl mangels eines pablichen Ausdrucks, bolivianisch genannt. Das ist sicherlich eine Ungerechtigkeit gegen Bolivien, denn selbst in diesem noch wilden Staate wären Vorkommnisse wie die, die sich jetzt in dem Lande abspielen, wo bekanntlich alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ganz unmöglich. Angesichts der überbolivianischen Zustände hätte das Haupt der Regierung, also der Herr Reichskanzler, sofort zeigen müssen, daß auch er seine eigene Mahnung, nicht weich zu werden, beherzigt. Er hätte den Generälen zeigen müssen, wer in der Republik Koch und wer Kellner ist. Das wenigstens hat alle Welt von dem verantwortlichen Manne der Reichspolitik erwartet. Man erwartet das heute noch!

Das Stürzen des Wehrministers scheint noch nicht das Ende des Schleichens zu sein. Die neueste Nummer der Bergwerks-Zeitung (vom 19. Mai) bringt einen Spitzensatz, worin es heißt, daß unsere vielgestaltige Krise eine „kapitalistische Lösung“ notwendig mache und die könne „nur eine echte Präsidialregierung“ herbeiführen. Den Erguß des Sprachrohres der Schwerindustriellen kann man schwerlich anders als einen Vorstoß zu einem Direktorium oder einer Diktatur buchstabieren. Aber selbst wenn diese Auffassung zu pessimistisch sein sollte, bezeichnend für den schlimmen Stand der deutschen Dinge bleibt die Forderung des reaktionären Blattes immerhin. Man sollte ihn gebührend ernst nehmen, ansonsten man eines schönen Morgens sehr peinlich überrascht sein könnte.

Die üblen Vorgänge in der hohen Politik wirken sich natürlich auch in der Sozialpolitik aus. Es schleicht auch hier. Der Reichstag hat, bevor er von den Nationalsozialisten zum Aufliegen gebracht wurde, das Schuldentilgungsgesetz angenommen, das die Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält. Diese Anleihe ist ein Vorschlag der freien Gewerkschaften. Sie können bei aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß sie es waren, die die Gesetzgebung veranlaßt haben. endlich einen gangbaren Weg zur Arbeitsbeschaffung zu beschreiten, und dafür weite Kreise gewonnen zu haben. Und wenn, wie dringend zu wünschen ist endlich etwas zur Erleichterung der furchtbaren Lage der Erwerbslosen geschieht, ist das wiederum den freien Gewerkschaften in erster Linie zu verdanken. Sie vor allem werden die Mahnung Brüningens: Nur nicht weich werden! zu beherzigen haben.

Dies um so notwendiger, als alle Zeichen dafür sprechen, daß es auch auf sozialpolitischem Felde bedenklich schleicht. Es muß der Reichsregierung nachdrücklich eingeblutet werden, daß sie sich nicht nachfallen lassen darf, die Geschichtchen, die sie in der hohen Politik macht oder sich machen läßt, nun in der Sozialpolitik vermehrt werden dürfen. Der Bedarf der Arbeiter und der Erwerbslosen an solchen Geschichtchen ist längst mehr als wie gedeckt.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß endlich Ernst gemacht werden. Die freien Gewerkschaften haben, wie fast allgemein zugegeben wird, dafür ganz brauchbare Vorschläge gemacht. Die Prämienanleihe ist vom Reichstag beschlossen. Die Ausrede, daß es an Mitteln fehle, kann nun nicht mehr gut gemacht werden. Sechs bis sieben Millionen Arbeitsloser rufen nach Taten. Bald werden es acht, ja noch mehr Millionen sein. Dies läßt die geringe Entlastung des Arbeitsmarktes in den letzten Wochen annehmen. Vom 15. März bis zum

15. April, als in der günstigsten Zeit für wesentliche Saisonberufe, ist die Zahl der Arbeitslosen nur um 195.000 zurückgegangen, während es im Vorjahre bei einer viel niedrigeren Gesamtzahl 352.000 waren. Dann ist unsere Warenausfuhr im März auf 527 Millionen Mark gesunken, während sie im Monatsdurchschnitt des vorhergehenden Jahres noch 800 Millionen Mark betrug. Diese paar Tatsachen lassen schon nicht den allergeringsten Zweifel, daß eine Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit sicher zu erwarten ist, wenn nichts Durchgreifendes in der Arbeitsbeschaffung geschieht.

In Sachen der Arbeitslosenunterstützung scheinen die schwerindustriellen Schleicher vor einem vollen Erfolg zu stehen. Nach den letzten Mitteilungen soll zwar das Verlangen der Sozialreaktionäre, die Arbeitslosenversicherung ganz zu zerschlagen, nicht gegliückt sein, wohl aber bestehe die Gefahr, daß durch Verkürzung der Unterstützungsdauer von 20 auf 13 Wochen und Herabsetzung der Unterstützungsbeträge nur noch ein Schein der Versicherung bestehen bleibe. Man kann diese Versuche — wenn sie zur Stunde nicht schon Wirklichkeit sind — als neue Brutalität an den Arbeitslosen bezeichnen. Der Abbau der Versicherung beträgt jetzt schon 35 vH. Eine dreiköpfige Familie bekommt jetzt schon durchschnittlich kaum mehr als 50 Mark den ganzen Monat. Wenn noch mehr abgeknappert wird, wie es sehr wahrscheinlich ist, dann sind die Arbeitslosen glatt zum Verhungern verurteilt.

Wie steht es nun mit der 40-Stunden-Woche?

Arbeit durch die Öffentliche Hand

Die Ursachen der Schrumpfung der deutschen Wirtschaft liegen zu einem nicht geringen Teil in Deutschland selbst. Je mehr die Weltwirtschaftskrise sich verschärft, um so notwendiger wäre die planmäßige Organisation öffentlicher Arbeiten gewesen. Wer die jahrelange Hetze gegen die Regierung miterlebt hat, weiß Bescheid. Die Unternehmerverbände schrien nach Drosselung der Staats- und Gemeindefürsorge, derweil ein großer Teil der Industrie von den Arbeiten der Öffentlichen Hand, nämlich von den Aufträgen des Reiches, der Länder und Gemeinden, lebten. Am liebsten hätten die Unternehmer die Kraftwerke der Gemeinden und der Länder unter sich verauktioniert.

Die jahrelange Hetze wirkte sich just zu jener Zeit praktisch aus, wo öffentliche Arbeiten in verstärktem Maße hätten in Angriff genommen werden müssen. Für den Herbst 1930 hätte noch vieles auf diesem Gebiete organisiert werden können. Statt dessen wurde gehetzt gegen die Straßen- und Kanalbauten, gegen Meliorationsarbeiten, gegen den Wohnungsbau, gegen Bauten aller Art, die von der Öffentlichen Hand einschließlich der Sozialinstitute geleistet worden waren. Die Öffentliche Hand verschleudert das Geld war ein beliebter Gesprächsstoff des honnetten Bürgertums geworden. Die Reichsregierung wurde bestürzt, rücksichtslos einzugreifen. Sämtliche reichsgesetzlichen Änderungen der Arbeitslosenversicherung der letzten drei Jahre, nämlich die Verschlechterungen, die nicht zu Lasten der Versicherten selbst gingen, mußten von den Gemeinden getragen werden. Es sei nur erinnert an die geradezu groteske Bestimmung, daß von der Gemeinde für jeden Wohlfahrts-erwerbslosen, der in Notstandsarbeiten beschäftigt werden sollte, je Tag drei Mark gezahlt werden mußten. Was Wunder, daß die Gemeinden das Interesse an Notstandsarbeiten verloren, weil die Beschäftigung der Leute, von der Lohnseite her betrachtet, teurer zu stehen kam als die Zahlung von Unterstützung.

Die Drosselung der öffentlichen Arbeiten wurde vom Reich planmäßig betrieben. Gewiß war das Reich stets in einer

seitdem der wohl unvollständige Entwurf mit erschreckend vielen Löchern durch die Presse ging, hat man nichts mehr gehört. Ja, wenn es gilt, den armen Erwerbslosen die Brotkrumen zu kürzen oder den Arbeitern die Lohntüte zu leerer, dann scheint die Regierung vom Lauffieber befallen, wenn es sich aber darum handelt, etwas für die Arbeiter und die Erwerbslosen zu tun, scheint sie von der Schlafkrankheit erfaßt zu sein. Das war bei dieser Regierung während der ganzen Zeit ihres Daseins so. Das zwifache Übel hat aber allgemach einen Grad erreicht, daß kaum noch einer Steigerung fähig ist.

Wir haben für die üblen Taten und Unterlassungen unsrer Obrigkeit in Sachen der sozialen Wohlfahrt und wirtschaftlichen Vernunft nur handgreifliche Tatsachen angeführt. Wer da will, kann dazu Vorwürfe und ranzige Worte fügen. Wir vermeiden das, weil es bei dieser Obrigkeit keinen Zweck hat. Wenn bei ihr noch irgendeine Wirkung zu erzielen ist, dann nur durch geschlossenes und tatkräftiges Handeln der organisierten Arbeiterschaft. Unsre jetzige Obrigkeit kann und darf gar nicht anders handeln; wenn sie es täte, sie wäre sofort erledigt. Die wehrministerielle Leiche allein schon läßt darüber keinen Zweifel. Wie das enden wird, ließe sich leicht voraussagen; doch wir unterlassen es, weil ja jeder Tag die Tatbeweise bringen kann.

Den festen Pol in der Flucht der auf noch tieferem wirtschaftlichen und politischen Sumpf zeigenden Erscheinungen bilden die Gewerkschaften. Sie sind und bleiben die einzige Hoffnung wie die Kraft, das vielgestaltige Unheil schließlich doch noch zu wenden. Gerade sie dürfen nicht weich werden, sondern müssen fest bleiben, fester denn je.

finanziellen Notlage, aber diese ist durch die Einstellung fast aller öffentlichen Arbeiten nicht kleiner, sondern immer größer geworden. Je mehr die Einstellung von öffentlichen Arbeiten zunahm, um so größer wurde der Ausfall an Arbeitslohn, Sozialbeiträgen, Steuern usw. Seit Jahren wurde in Versammlungen, Presse, Parlamenten und in den Verwaltungen selbst auf die von der Reichsleitung betriebene Lastenverschiebung der dringendsten Reichsaufgabe, nämlich Unterstützung der Erwerbslosen, hingewiesen; es wurde eindringlich geredet und geschrieben, half aber nichts. Die Lasten des Reiches wurden abgeschoben auf Länder und Gemeinden, bis die meisten an den Rand des Zusammenbruchs kamen. Heute ist die Zahl der aus-gesteuerten Erwerbslosen auf über zwei Millionen angewachsen. Dies hätte verhindert werden können, wenn die Reichsleitung den Schreibern der Privatwirtschaft nach Drosselung der öffentlichen Ausgaben, besonders für Notstandsmaßnahmen, nicht in so großem Umfange nachgegeben hätte zu jener Zeit, wo die Umstellung auf öffentliche Arbeit statt auf Unterstützung noch möglich war.

Das Geld, was der Arbeiter verdient, ist Zirkulationsgeld für die Wirtschaft. Es wandert aus der Lohntüte zum Kaufmann usw. Beschäftigung von zwei Millionen Erwerbslosen bedeutet Ernährung für fünf Millionen Menschen und für hunderttausend Geschäftsleute Verdienst. Wenn man die Wirtschaft nicht sozialistischer kann oder will, ist man eben gezwungen, die in der privatkapitalistischen Produktion überflüssig gewordenen Arbeitskräfte zu „sozialisieren“, das heißt sie zu beschäftigen oder zu unterstützen. Auf die Dauer betrachtet, ist die Unterstützung ein Verschleudern von Volkskraft und Volksvermögen.

Die Gemeinden sind jetzt sowieso auf die geldliche Unterstützung des Reiches angewiesen. Darum ist es besser, Geld für Arbeit statt für Unterstützung aufzuwenden. Arbeit schafft materielle und kulturelle Werte — Unterstützung verelendet den Empfänger an Körper und Geist. Ritzert.

Autarkisten sind Militaristen

Der Schrumpfungsprozess der Wirtschaft aller großen kapitalistischen Länder macht immer weitere Fortschritte. Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge drohen zu zerreißen. Die Weltproduktion an Industrieerzeugnissen ist auf den Stand von 1913 zurückgeschraubt. Besonders schlimm ist der Rückgang in Deutschland. Es ist in seiner industriellen Gütererzeugung glücklich auf dem Stand der Jahre 1896/97 angelangt. Die in überhitztem Tempo durchgeführte Rationalisierung der Warenerzeugung hat den grauenvollen Katzenjammer nicht verhindern können. In den Kohlegebieten türmen sich die Halden zu Gebirgsketten, während die Belegschaften die Stempelstellen bevölkern. Heute herrscht in den Hütten, Gießereien und Fabriken, nachdem deren Produktionskapazität weit über das Nützliche und Notwendige hinausgetrieben wurde, Öde und Zerfall. Zu Hunderttausenden haben die Arbeiter den Abkehrschein bekommen, und die, die in den Betrieben verblieben sind, zermalmt ein entnervendes Antriebersystem.

Die deutsche Wirtschaft ist dem allen nach auf den Tod erkrankt. Die verantwortlichen Wirtschaftsführer und Regierungsherren aber verstecken sich hinter unübersteigbar hohe Zollmauern. Sie treiben die unproduktive Zollpolitik, statt alle Mittel zu versuchen, der Wirtschaft wenigstens mit kapitalistischen Methoden zu helfen. Die Erkenntnis, daß die deutsche Wirtschaft ohne Ausfuhr nicht leben kann, müßte diesen Herren doch geläufig sein.

Immer seit der Reichsgründung hat sie den Kampf um die Absatzmärkte vorgeschoben, wenn sie von der Arbeiterschaft oder vom Staat Zugeständnisse erpressen wollte. In der kurzen Nachkriegszeit, in der die deutsche Wirtschaft gedieh, gedieh sie durch ihre Ausfuhr.

Selbst vom Standpunkt des Kapitalismus betrachtet, sind also alle Bestrebungen, die sich gegen den internationalen Warenaustausch, gegen die Weltwirtschaft richten, verbrecherischer Unfug. Dennoch erleben wir es jetzt an allen Ecken und Enden, daß sich Vertreter der gottgewollten kapitalistischen Ordnung zur romantischen Lehre von der Autarkie (Selbstgenügsamkeit) bekennen. Die rückschrittlichen Träume vom geschlossenen Handelsstaat, die man seit Fichte vor mehr als hundert Jahren gestorben wählte, feiern fröhliche Urständ.

Aus dem Inhalt

	Seite
Es schleicht! — Arbeit durch die öffentliche Hand — Autarkisten sind Militaristen	127
Unternehmer in Frankreich und Deutschland — Zahlen über die Wirtschaftsschrumpfung	128
Stahlbad Anno 17. — Natürliche Schwangerschaftsverhütung	129
Die Kupferschmiede schließen sich dem DMV an — Die Erwerbslosenunterstützung des DMV — Vom Vorstand	130
Der freiwillige Arbeitsdienst — Wie die RGO sich selbst sieht	131
Zerstörte Hoffnungen im Alter — Anzeigen	132

Unternehmer in Frankreich und Deutschland

Solange der kapitalistische Verteilungsprozeß profitierend funktionierte, hatten auch die heutigen Autarkisten gegen die sich aus der Ausfuhr in unvermeidlicher Wechselwirkung ergebende Einfuhr fremder Güter ebensowenig etwas einzuwenden, wie gegen die fetten Gewinne aus dem Waren- oder gegen die noch fetteren aus dem Kapitalexport. Nun aber, da das dichte Netz der weltwirtschaftlichen Beziehungen sich so heillos verwirrt hat, daß eine Minderung ihrer Renten eintreten mußte, nun scheint ihnen die Flucht in die Binnenwirtschaft als nahrhaftes Altenteil tauglich.

Eine bessere Bewußtseinsklärung verwehrt ihnen ihre bürgerliche Klassegebundenheit. So greifen sie nach der Autarkie als letztes Auskunftsmitel. Und sogar einige ganz kluge Leute sind darauf hereingefallen. Kluge Leute, die auch nicht wissen wollen, daß es nur einen wirklichen Ausweg aus den sich periodisch wiederholenden und immer mehr verschärfen Krisen des kapitalistischen Systems gibt; den internationalen Sieg der Arbeiterklasse, den Sozialismus. Sozialismus, das ist Planung in der Gütererzeugung und im Güteraustausch, Befriedigung des allgemeinen Bedarfs, Schluß mit den Schmarotzern und Ordnung der Welt hoch über dem Sumpf der privaten Raubgier des Profits.

Im Schlagwort von der Autarkie dagegen tobt sich eine raffigierere Feigheit aus, die glaubt, sich aus der Weltwirtschaft lösen zu können, wenn der Druck der Krise auch von ihr Opfer verlangt. Und noch zu anderen Zwecken sei es gut, wenn Deutschland von der Einfuhr unabhängig wird. Gab es nicht mal eine Blockade?

Es ist bezeichnend, daß der Schrei nach Autarkie von jenen politischen Kreisen ausgeht, die nationalistisch und arbeiterfeindlich bis auf die Knochen sind, und die lieber heute als erst morgen Krieg führen möchten. Der Auftrieb, den diese heute der deutschen Wirtschaft wünschen, heißt — Krieg! Wer diese Zusammenhänge durchschaut, wird begreifen, warum die frühere Rüstungsindustrie, die doch sonst sanften Träumen von der Selbstgenügsamkeit nicht so sehr zugänglich ist, eine Bewegung finanziert, die von ihren Syndici die dümmsten und abgeanderten Phrasen aus dem völkischen Wörterbuch hervorholen läßt.

Deutschland ist nur durch die Weltwirtschaft geworden, was es ist. Was wären unsere Eisen-, Kohlen-, Farben-Könige ohne die nahrhaften Summen des Ausfuhrgeschäftes? Ohne diese Summen wären sie auch nie und nimmer in der Lage gewesen, Hitlers Heerscharen zu besolden und die wirtschaftspolitischen Faselhänse zu bezahlen, die ihnen Theorien zusammenbrauen, hinter denen sich ihre dunklen Machenschaften so gut verstecken lassen.

Noch sind allerdings nicht alle maßgebenden Stellen mit dem Autarkieschwindel vernebelt. Führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft haben sich im „Deutschen Bund für freie Wirtschaftspolitik“ eine Abwehr dieses Wahns geschaffen. Die kriegslüsterne nationalsozialistische Gruppe der Wirtschaftsführer aber verfolgt weiter ihre Pläne, die die Schornsteine auf andere Weise rauchen lassen wollen. Sie lockt der Weg, den die neuesten der japanischen Faschisten eingeschlagen haben, und auf den Deutschland von der General-Kamarrilla geführt werden soll.

Entspannung der Wirtschaftskrise durch imperialistische Militärpolitik. Zuerst Abkapselung von der Welt, und dann die gewaltsame Lösung aller Probleme durch neue Kriege. Autarkie und militärische Gewaltpolitik gehören zusammen, eines ist ohne das andere nicht möglich.

Diesen Zusammenhang muß die Arbeiterklasse wachsam beobachten. Sie wird, wie bisher immer, die Zeche bezahlen, wenn, statt die friedliche Zusammenarbeit aller Völker zu fördern, Profitgier und imperialistischer Machtwahn toben können.

Zinsgewinn bei Rentenpapieren

Als die Notverordnung die Zinsen der hochverzinslichen Wertpapiere (der Obligationen, Renten oder Anleihen) herabsetzte, konnte man voraussehen, daß diese Maßnahme zwar für die Schuldner, die die Zinsen abzuführen haben, eine Erleichterung bringen, die Kapitalverzinsung trotzdem nicht verbilligen würde, da die niedrigeren Zinsen der festverzinslichen Papiere durch niedrigere Kurse auf dem Rentenmarkt ausgeglichen werden. In der Tat sanken die Kurse der festverzinslichen Papiere auf der Börse so stark, daß sie dem, der diese Papiere gegenwärtig kauft, eine tatsächliche Verzinsung von 9% bis 10 vH gewahren. In Wirklichkeit ist die Verzinsung noch viel höher, da diese Papiere mit der Zeit auf Grund des Amortisations- oder Tilgungsplans im vollen Nennwert (oder noch höher) zurückgezahlt werden, so daß sie denen, die die Papiere unter Nennwert kaufen — und sie stehen zur Zeit sehr tief unter dem Nennwert —, ihren Besitzern noch starke Sondergewinne sichern.

Es ist eine besondere Eigentümlichkeit der gegenwärtigen Verrentungskrise, daß je früher der Einlösungstermin des betreffenden Papiers ist, um so niedriger sein Kurs steht, da man mit Zahlungsschwierigkeiten bei der Einlösung rechnet. So hatten die Prozentigen Schatzanweisungen eines norddeutschen Freistaates, die am 1. Juli des laufenden Jahres fällig werden, kürzlich einen Kurs von 92, so daß der Erwerber in 2½ Monaten 8 vH, auf das Jahr gerechnet 38,4 vH, und dazu noch den Prozentigen Zins verdient. Die Prozentigen Schatzanweisungen einer Großstadt, die am 1. April 1933 mit 110 vH (das heißt 10 über Nennwert) rückzahlbar sind, hatten Mitte April einen Kursstand von etwa 60 vH. Der Erwerber dieses Papiers hat also die Aussicht, neben dem Prozentigen Zins auf den Nennwert in knapp einem Jahr noch 50 vH, also nicht viel weniger als den ganzen von ihm angelegten Betrag, als Zusage zu erhalten. Das Einkommen aus 1933 fälligen Rentenpapieren dürfte nach den gegenwärtigen niedrigen Kursen gewöhnlich 20 bis 25 vH betragen.

Der Durchschnittskurs für Reichs- und Staatsanleihen, der Juli 1931 noch (in Prozenten des Nennwertes) 80,3 betrug, belief sich nach dem „Deutschen Volkswirt“ am 20. April 1932 auf 57,6. Bei Kommunal-Obligationen ergibt der Vergleich beider Zeitpunkte Kurse in Prozenten des Nennwertes von 91,4 und 59,4; bei Pfandbriefen von 59,4 und 65,5; bei Industrie-Obligationen von 76,4 und 52,2. Bemerkenswert ist zum Beispiel in der Gruppe der Industrie-Obligationen die Anleihe des Stahlwerks, die einen Kurswert von nur 38 vH aufweist.

Für die Höhe der Zinsgewinne beim Kauf von Rentenpapieren muß auch noch der veränderte Geldwert berücksichtigt werden. Infolge der allgemeinen Preissteigerung ist die Kaufkraft der Zinsgewinne entsprechend größer als früher, so daß auch von dieser Seite gesehen der Erwerber von Rentenpapieren einen besonderen Gewinn hat.

Wie kommt es, daß trotz der Weltwirtschaftskrise, die alle Länder in ihren Bann schlägt, Frankreich zwar nicht verschont, aber doch weniger hart getroffen ist als die anderen großen Industrieländer, besonders Deutschland, England und die Vereinigten Staaten? Man hat für diese Tatsache viele Erklärungen gegeben: der bessere Ausgleich zwischen Stadt und Land, die abgestoppte Einwanderung, der niedrigere Zinsfuß. Wie kommt es aber — für Europa eine Anomalie — daß in Frankreich die kommunistische Partei abnimmt und der Faschismus nicht Wurzel schlagen kann? Für diese beiden Tatsachen gibt es eine Erklärung, die einigermaßen ausreichend ist: die Haltung der Unternehmer.

Vor uns liegt der Jahresbericht 1931 der weitaus größten und bedeutendsten Unternehmerorganisation Frankreichs, der Union des Industries Metallurgiques et Minières (Vereinigung der Metall- und Bergbauindustrien). In ihm wird darauf hingewiesen, daß 1931 die Krise in voller Schwere auch die französische Industrie traf: „Die durchschnittliche Belegschaftsstärke ist um 25 Prozent vermindert worden, und es gibt kaum noch ein Unternehmen, wo das Personal nicht zwei Tage die Woche feiert, einige unserer Industrien arbeiten in gewissen Bezirken nur 24 Stunden die Woche.“ Es wird dann auf die Rundschreiben und Empfehlungen der Vereinigungen aufmerksam gemacht. Welcher Art diese Empfehlungen waren, geht aus folgenden Sätzen hervor:

„Angesichts des Hauptproblems dieses Jahres, die Anpassung der Zahl der Arbeitskräfte an die wirtschaftliche Lage, war die Haltung der Unternehmer überall die gleiche. Sie waren zunächst von dem Wunscho geleitet, die Nöte der Familien ihrer Arbeiter während der schwierigen Verhältnisse nach Möglichkeit zu mildern. Sie waren auch bemüht, die Arbeitskräfte zu behalten, die sie brauchen werden, sobald die Krise vorbei und der Beschäftigungsgrad ihrer Unternehmungen wieder ein normaler sein wird... Die Entlassungen wurden auf ein Mindestmaß beschränkt und nur im äußersten Notfall vorgenommen. Soweit wie möglich und solange die technischen Notwendigkeiten es zuließen, wurde die Zahl der täglichen Arbeitsstunden oder der wöchentlichen Arbeitstage herabgesetzt, um die Höchstzahl von Arbeitern zu beschäftigen.“

Es handelt sich, wie aus den nachher mitgeteilten Zahlen hervorgeht, nicht um eine Schönrede. Das ergibt sich auch aus dem Abschnitt, der von den Löhnen handelt. Es heißt da:

„Lange Zeit — wir haben das auf jeder unserer monatlichen Tagungen festgestellt — haben die Leiter der Industrie, die doch die Unsicherheit der Zukunft infolge des Nachlassens der Aufträge kennen, davor zurückgeschreckt, Lohnkürzungen ins Auge zu fassen, indem sie ihre Anstrengungen zur Kostenverminderung den anderen Elementen der Produktionskosten zuwandten. Die Lebenshaltungskosten hatten sich

nicht genügend gesenkt und sie (die Unternehmer) zögerten bis zur äußersten Grenze, die Löhne ihrer, durch die Verminderung der Zahl der Arbeitsstunden bereits schwer betroffenen Arbeiter herabzusetzen.“

Es wird dann weiter angeführt, daß während eines großen Teils des Jahres 1931 in den Konkurrenzländern die Löhne gesenkt wurden, ohne daß das gleiche in Frankreich geschehen sei. In der zweiten Hälfte des Jahres seien die Lebenshaltungskosten jedoch stark zurückgegangen. „Dann erst haben die Leiter der Industrie, durch die Lage dazu gezwungen, in wachsender Zahl Lohnkürzungen vornehmen müssen, die sie in möglichst engen Grenzen gehalten haben.“

Noch schwieriger — so fährt der Bericht fort — sei die Lage, soweit die Angestellten in Frage kämen. Soweit die Gehälter gesenkt worden seien, habe man vielfach ausdrücklich vermerkt, daß grundsätzlich die bisherigen Gehälter aufrecht erhalten blieben und wieder in Kraft gesetzt würden, sobald die wirtschaftliche Lage sich wieder bessern werde. Es wird dann schließlich die schwierige Lage der Regierung anerkannt, die dem Elend der Arbeitslosen steuern müsse und gleichzeitig den Haushalt im Gleichgewicht zu erhalten habe. Diese Zurückhaltung ist um so bemerkenswerter, als die französische Regierung durch eine Verordnung die Arbeitslosenunterstützung (zu denen die Regierung Zuschüsse in Höhe von 60 bis 90 Prozent gibt), erhöht hat auf 26 Franken (4,32 M) täglich im Höchsthöhe für Verheiratete mit fünf Kindern und auf 7 Franken für Alleinstehende.

Wie die französischen Industriellen tatsächlich sich bemüht haben, Entlassungen zu vermeiden, geht aus den fortlaufenden Erhebungen der Arbeitsinspektion in den Betrieben mit mehr als hundert Beschäftigten hervor. Während am 1. Dezember 1930 noch 93,61 Prozent der Beschäftigten voll arbeiteten, war dieser Prozentsatz bis zum 1. März 1932 auf 43,84 Prozent gesunken. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Großbetrieben (ohne Eisenbahn und Schifffahrt) ist daher während dieser Zeit nur um 480 000 zurückgegangen.

Ist es noch nötig, diese Haltung der französischen Industriellen in Vergleich zu stellen mit der ihrer deutschen Kollegen? Die französischen Industriellen sind sich darüber klar, daß man nicht die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Straße setzen kann, ohne die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ins Ungemessene zu steigern, die auch wieder nur aus Steuern fließen können. Wenn man also wissen will, warum in Deutschland die Wirtschaftskatastrophe ins Unermessliche gewachsen ist, Nazismus und Kommunismus florieren, während in Frankreich noch eine — wenn auch nur relative — wirtschaftliche und politische Ausgeglichenheit besteht, dann muß man sich der vorsichtigen, abwägenden und maßvollen Lohn- und Wirtschaftspolitik der französischen Unternehmer erinnern und damit die brutale, großwahnsinnige, maßlose Lohn- und Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmer vergleichen. J. St.

Zahlen über die Wirtschaftsschrumpfung

Beachtenswerte Untersuchungen des Heidelberger Universitätsdozenten Dr. J. Marschak über die Substanzverluste der Wirtschaft in der Krise (Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Aprilheft) vermitteln uns zuverlässige Schätzungen auch über die zahlenmäßige Höhe jener Verluste der deutschen Wirtschaft. Nur einige bezeichnende Zahlen sollen herausgegriffen werden.

Für das Krisenjahr 1931 schätzt Marschak das deutsche Volkseinkommen auf 52½ bis 53¼ Milliarden M. Gegenüber 1928, in dem Jahr des höchsten Volkseinkommens in der Nachkriegszeit mit 75¼ Milliarden M., zeigt sich im Jahre 1931 ein Rückgang um 22 bis 23 Milliarden M. Allerdings ist seitdem der Geldwert infolge der Preissenkungen gestiegen. Rechnet man daher das Volkseinkommen von 1931 zu den Preisen von 1928 um, so beträgt die Verminderung des Volkseinkommens gegenüber 1928 nur 17 bis 18 Milliarden M. Auch bei dieser Umrechnung ergibt sich eine gewaltige Schrumpfung des Volkseinkommens. Die Nettoproduktion der Wirtschaft, deren Niederschlag das Volkseinkommen ist, zeigt die schärfste Schrumpfung in der Industriegewirtschaft, in der (ohne Umrechnung auf frühere Preise) die Nettoproduktion von 34 Milliarden M im Jahre 1928 auf 19 Milliarden M im Krisenjahr 1931 sank. Diese Schätzung wurde vor einiger Zeit vom Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht. Marschak schätzt nun die Produktions-schrumpfung auch in anderen Wirtschaftszweigen und errechnet für 1931 gegenüber 1928 einen (Netto-)Produktionsrückgang in der Landwirtschaft um 2¼, im Verkehr um 1¼, im Großhandel um ¼ Milliarden, im Einzelhandel um 1 Milliarde, in Wohnungsnutzung um ¼ Milliarden, in der Verwaltung ¼ Milliarde, im Gesundheitswesen ¼ Milliarde, bei häuslichen Diensten ¼ Milliarde M.

Wenn man bedenkt, daß aus der Nettoproduktion der Wirtschaft im Jahre 1931 noch ein hoher Betrag, nämlich 3 Milliarden M., mehr aus- als eingeführt wurde, so daß im Inland

für den Verbrauch und für Anlagezwecke ein entsprechender veringert Betrag verblieb, und daß bei stark verringerter Netto-Produktion der Verbrauch nur verhältnismäßig wenig zurückging, so ist leicht einzusehen, daß diese Entwicklung allein auf Kosten der Anlagen und der Lagerbewegung gehen konnte. Neuanlagen wurden nicht erbaut, ja es wurden Anlagen zum Ersatz verbrauchter Anlagenteile unterlassen. Gleichzeitig erfolgte ein starker Abbau der Lagerbestände. Während im Jahre 1930 nach Marschaks Berechnung Neuanlagen noch in der Höhe von 3¼ Milliarden M. entstanden (gegenüber 7¼ Milliarden 1928), tritt im Jahre 1931 bei den Neuanlagen bereits ein Substanzverlust in Höhe von einer Viertel Milliarde Mark in Erscheinung, das heißt es wurde in dieser Höhe auf Ersatzanlagen verzichtet. Der Lagerabbau begann bereits 1930, als die Lagerbestände vermutlich um eine Milliarde Mark verringert wurden, um daraus das Defizit zwischen Produktion und Verbrauch zu decken. Der Substanzverlust durch Verminderung der Lagerbestände stieg 1931 auf 3 bis 4¼ Milliarden M.

Wurden im Jahre 1928 noch 15 vH des ersparten (das heißt nicht verbrauchten) Volkseinkommens für Anlagezwecke verwendet oder nach Abzug der im Ausland aufgenommenen Kredite 14 vH, so sanken die Ersparnisse, aus denen neues Sachkapital gebildet wurde, im Jahre 1930 auf 4 bis 5 oder, nach Berücksichtigung der Kapitalausfuhr, die in diesem Jahr in großem Umfang stattfand, auf 6 bis 8 vH. Im Jahre 1931 hörte die Spartätigkeit für Anlagezwecke völlig auf, ja es ergab sich in diesem Jahr eine „negative“ Anlagetätigkeit, das heißt eine Aufzehrung vorhandener Anlagen in Höhe von 6 bis 8 vH oder (nach Abzug der starken Kapitalausfuhr) ½ bis 3 vH des Volkseinkommens.

Butterzoll drosselt Maschinenausfuhr

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten teilt mit, daß sich während des Monats April, wie im Vormonat, das Inlandsgeschäft gebessert habe, dagegen büßte das Auslandsgeschäft einen Teil seines in den vorigen Monaten festzustellenden Auftriebs wieder ein.

Der Beschäftigungsgrad erreichte nur das sehr niedrige Ausmaß von 30 vH der Sollbeschäftigung, obwohl infolge der im Monat März getätigten Auslandsabschlüsse und eines geringen Saisonauftriebs, insbesondere im Landmaschinenbau, an einzelnen Stellen Arbeitskräfte neu eingestellt oder die stark verkürzte Arbeitszeit verlängert werden konnten.

Über die handelspolitische Lage wird folgendes festgestellt: „Die gegenwärtige Regelung der deutschen Buttereinfuhr mit ihren nicht weniger als fünf verschiedenen Zollsätzen und mit einem Kontingent, das mechanisch in gleicher Höhe jedem meistbegünstigten Land gewährt wird, ganz gleich, wie groß oder klein seine Buttereinfuhr nach Deutschland war, verärgert Länder wie Holland und Dänemark, die zu den wichtigsten Kunden unserer Exportindustrie gehören. Dieser Zustand ist auch für die deutsche Landwirtschaft höchst unzweckmäßig, da sie einer Umgehung der Kontingentbestimmung Tür und Tor öffnet. Deshalb muß eine sofortige Neuregelung der Buttereinfuhr gefordert werden, die gleichzeitig den Interessen der deutschen Landwirtschaft und des deutschen industriellen Exports in vernünftiger Weise Rechnung trägt.“

Bevölkerungsabnahme Berlins

Ende 1931 hatte Berlin eine Bevölkerungszahl von 4 288 944 gegen 4 332 547 am Anfang des Jahres. Die Bevölkerungsabnahme betrug also 43 603. Diese Abnahme wurde verursacht durch den Fortzugsüberschuß in Höhe von 33 007 und durch den Sterbeüberschuß von 10 596. Der im letzten Jahrzehnt erfolgte gewaltige Zuzug nach Berlin hat mithin zum erstenmal eine Stockung gebracht. Die Fortkommensmöglichkeiten in den großen Städten sind wesentlich geringer geworden. Dies kommt in der Bevölkerungsabnahme zum Ausdruck. Wie groß der Zuzug nach Berlin war, geht am besten daraus hervor, daß vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1931, mithin in 11 Jahren, der Zuzugsüberschuß 463 248 Personen betrug. In der gleichen Zeit war infolge der geringen Geburtenzahlen ein Sterbeüberschuß von 54 519 zu verzeichnen. Die Bevölkerungszunahme betrug mithin 408 729. In den Jahren nach dem Kriege hat nach den Großstädten eine wahre Völkerwanderung eingesetzt, die jetzt in eine rückläufige Bewegung umgeschlagen ist.



Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1980 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Er nach dem anderen springen die Rekruten horchend auf und sind eingefangen von einem Dröhnen und Summen, das kommt näher und näher . . .

„Regimentsmusik! . . . Regimentsmusik!“
Ich stehe bei Langer und blicke ihn an: ungeheures Leid erfüllt seine weitauferissenen Augen . . . als höre er zwischen den schmetternden Klängen noch ein anderes, das die dröhnendsten Paukenschläge nicht verschrecken können.

Auf einmal bricht die Musik ab; Blechinstrumente, Schemeln und das Glockenspiel blitzen in der Sonne: die Kapelle hat sich dicht vor den letzten Ausläufern der Gewehrpyramiden aufgestellt. Sie ist mit einem Lastauto gekommen, das rattert jetzt wieder fort . . . die halbe Kompanie ist in Benzinnebel eingehüllt. Merkwürdig . . . warum ist denn die Kapelle nicht mit der Stadtbahn gekommen?!

„An die — Gewehre!“
Bevor Adamczik von mir weg in sein Loch rennt, beantwortet er mir noch mit einem Augenzwinkern meine Frage wegen der Kapelle:

„Ja weße, det ist, weil jetzt um diese Zeit Arbeiter mit'm Zug zum Schichtwechsel fahren . . .“ er setzt sich seinen Helm zurecht, „det weß der Schinder alleet . . .“ darum hat er seine Blechfritzen per Telefon so herkommandiert, da is mal wat passiert.“

„Gewe — e — hr in die . . . Haaaaaand!“
Des Schinders Gesicht ist beinahe freundlich . . . es hat alles geklappt. Ruhig und überlegen sind seine Bewegungen. Sein schwerer Körper schreitet wiegend die Gruppen ab. Dann kommt er zu Langer und uns Trägern. Einige Male geht er um uns herum . . . weit . . . weit sind Langers Augen auf ihn gerichtet . . .

Die Rekruten stehen Gewehr bei Fuß vor uns, schmächtig, grau . . . mit den unwahrscheinlich breiten Tornistern, wenn man sie von hinten sieht . . . die Rücken der meisten sind so schmal . . . die Helme schwanken . . .

Die Kompanie ist wieder eine geschlossene, unpersönliche Mauer . . . ist Lederzeug, Stahl, Schweißgeruch . . . sinnlose Hoffnung . . . dumpfes Ahnen unbestimmten Schicksals . . . und bestimmt sind nur die Befehle, die sie vorwärtsdrängen, zurückziehen, ein stampfendes Ungeheuer aus ihr machen . . .

„Schtil — ge — schtann!“
Schneidend fährt das Kommando des Sergeanten Schönfeld wie ein säusender Degenhieb durch die Mittagsglut — Schwaben, die auf den Telefondrähten hinter dem Bahnhof auf und ab wippen, schrecken hoch und segeln über die Kompanie hinweg . . .

„Die Kompanie — hört auf mein Kommando!“
Der Schinder hat ihm das Kommando übertragen. Er steht dicht vor mir und wirft seinen breiten Schatten auf uns, macht sich ganz lang und späht über die Kompanie hinweg . . . Dann dreht er sich zu uns herum:

„Hochehmen den Kerll! . . . Gleich kommt der Krankwagen . . .“ — Der Thüringer Meisel und ich — wir bücken uns . . . fassen den Kranken unter die Arme, ziehen ihn langsam hoch und auf die Beine. Ein pfeifender Ton entquillt Langers Brust. Er schwankt und ächzt, und sein Kopf liegt tief auf der Brust.

Dem Schinder geht das nicht schnell genug . . . „Ihr andern Vier . . . rein in euer Loch!“ — Sie greifen hastig die Gewehre auf und rennen in die stillstehende Kompanie hinein . . .

Der Schinder wird merklich unruhiger. Er stapft vor uns auf und ab und schnippt knallend mit den Fingern. Er erwartet den Lazarettwagen und weiß nichts mit uns anzufangen.

Langer knickt fortwährend ein. Nur manchmal hebt er schwach den Kopf und starrt auf den Schinder, der dauernd nach vorn späht und unsere Gruppe manchmal mit unsicheren Blicken streift. — — — Mich überwältigt das Hungergefühl, schwarze Ringe fallen vor meinen Augen nieder . . . So schwanken wir stehend hin und her, und vor uns steht lautlos die Kompanie mit der Regimentsmusik an der Spitze.

„Legt mich doch in den Graben . . .“ haucht Langer neben mir, „mit mir ist es doch aus . . .“

Ich höre seine Stimme wie aus der Ferne . . . ich reiße mich wieder und wieder zusammen, es fällt mir ja so furchtbar schwer . . . ich bin . . . ja . . . so . . . müde . . . und so schrecklich — — — hungrig — — —

„Bringt ihn in den Bahnhof, verflucht!“ — Wir drehen uns langsam herum — — — hast du nicht ein Stückchen . . . Brot . . . für . . . uns? . . .

— — — Da sehe ich eine Staubwolke an der Kompanie entlangziehen. Lautlos rollt ein schwarzer Wagen mit einem großen, roten Kreuz heran — — — alles geschieht lautlos und schnell — — — Gestalten huschen an uns heran — — —

Langer rutscht mir aus den Armen — vier kräftige Hände fassen zu — — — legen ihn auf eine Tragbahre . . . im Innern des Wagens gähnt ein schwarzes Loch . . . ich sehe noch Langers nagelbeschlagene, breite Sohlen . . . die dann auch zurückweichen . . . in das schwarze Loch hinein . . . eine Tür klappt . . . Pferde trappeln — — — und lautlos fährt dann der Wagen fort — — —

War alles nur ein Traum? Ich rutsche — — — oder fliege ich — — —

„Nu mach du ooch noch schlapp, Herrjeses . . .“ — der Thüringer zieht mich am Koppel hoch . . . Langers Helm haben sie vergessen, er baumelt am Sturmiemen in meiner linken Hand.

Meisel zieht und zieht an meinem Koppel. Von hinten bekomme ich einen Stoß, daß ich vorwärts stolpere. Ich blicke mich um: es ist der Schinder.

„Macht, daß ihr in euer Loch kommt, Bengels!“

„Das — Gewe — ehr übärr!“ — Dann ein dröhnender Paukenschlag . . . Bumm — — —

„Kompani — i — ie, marrrsch!“ . . . Ich bin wieder eingefügt in die marschierende Mauer: Links — links — ks — ks — ks . . . Preuß neben mir . . . Kilb vor Rechten . . . immer dasselbe. Zwei Stunden . . . denke ich, zwei Stunden noch . . . Mehr kann ich nicht denken . . . es reißt in den Gedärmen . . . heiß und kalt flutet es mir über den Rücken. — Aber vorne spielt die Musik . . . unentwegt . . . wie bei einem Schützenfest: Trommeln, Pfeifen, Pauke, Schlagzeug . . . Trompeten . . . „der alte Dessauer . . .“

So leben wir . . . so leben wir . . . so leben wir alle Tage . . . bumm . . . bum . . . bumm . . . trrrr — t — t, trrrr — t — t, trrrr — t — t . . .

Die Trommeln rasseln . . . dazwischen, grell, wie aufgeschweichte, kreischende Vögel, die Pfeifen . . .

Hell glänzt das Messing des Tambourstabes in der Sonne . . . auf — nieder . . . auf — nieder . . . meine Augen gehen mechanisch mit . . . auf und nieder . . . auf und nieder, jetzt hängt der Stab sekundenlang in den Wolken . . . unbeweglich — — — leise pendelt die Troddel an der Spitze . . . Plötzlich sind Trommeln und Pfeifen verstummt — — — tsching! ein Beckenschlag . . . dann schmettern die Blechinstrumente ihren Rhythmus in die müden Knochen . . .

„Das ist die Garde . . . die unser Kaiser li — i — i — lebt . . . das ist die Garde, die da stirbt und sich nie ergibt . . .“

O du tausendmal verfluchtes Wunder der Marschmusik!!! Eben noch marschierten die Rekruten gebückt . . . nach einigen Schritten immer wieder den Affen hochrückend, um die Last zu verteilen . . . stumpf auf den monotonen Gleichschritt des Vordermannes stierend . . . schwitzend und keuchend . . .

Jetzt aber fließt es wie elektrischer Strom in die Glieder . . . die Köpfe heben sich langsam . . . der Gang wird aufrechter . . . gleichmäßig dröhnt der Marschschritt der Kompanie. Schon summen einige der Rekruten die Melodie mit . . . ohne an den Sinn und Widerspruch zu denken, der in diesem Marsch steckt . . . und wenn nicht die ausgeherteten und intelligenteren Großstädter in der Mehrzahl wären, so würde bald ein brausender Marschgesang über den Helmen flattern, wie eine Siegesfahne, Verwirklichung von Knabenträumen . . . Stimmung achtzehnhundertundsiebzig: Hurrah Wir! Die tapferen Krieger! Seht her, ihr schmucken Mädel . . . sind wir nicht wahrhaftig Helden?! . . .



Und unser General ist der Hunger —

Natürliche Schwangerschaftsverhütung

Es ist erschreckend, wie wenig die Kenntnis unschädlicher Mittel und Methoden zur Verhütung der Schwangerschaft in Arbeiterkreisen verbreitet ist. Das beweist allein die Tatsache, daß trotz des Paragraphen 218 nach vorsichtigen ärztlichen Schätzungen in Deutschland jährlich 600 000 Abtreibungen vorgenommen werden. Davon verlaufen rund 25 000 tödlich. Viele haben lange Krankheit oder sogar dauerndes Siechtum zur Folge. Wie groß aber darüber hinaus noch die Zahl der unerwünschten Kinder ist, die geboren werden und für die Eltern eine schwere Last bedeuten, läßt sich zahlenmäßig gar nicht feststellen. Die Zahl ist sicher sehr groß, wie uns fast jede Unterhaltung mit Eltern von mehreren Kindern lehren kann.

Hier kann nur Aufklärung helfen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die Verhütung einer Schwangerschaft jeder Abtreibung vorzuziehen ist. Die Vorstandsmitglieder von Krankenkassen sollten darauf dringen, daß die Abgabe von Verhütungsmitteln mindestens als Mehrleistung in die Satzung aufgenommen wird. Mit Zustimmung der Oberversicherungsämter ist das möglich.

Leider wird auch in ärztlichen Kreisen den Fragen der Geburtenregelung durch Anwendung empfängnisverhütender Mittel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Gesellschaftliche Vorurteile und Hemmungen durch gesetzliche Bestimmungen mögen die Ursache dafür sein. So kommt es, daß sogar die mit der Entstehung des menschlichen Lebens verbundenen biologisch-physiologischen Fragen noch sehr wenig erforscht sind. In den für breitere Leserkreise bestimmten Aufklärungsschriften wird immer noch glatt behauptet, daß der Geschlechtsverkehr zwischen gesunden Menschen jederzeit eine Schwangerschaft herbeiführen könnte und daß die Tage vor und nach einer Menstruation (Monatsblutung) besonders für eine Empfängnis geeignet seien. Das wird auch heute noch vielfach in ärztlichen Fachkreisen fälschlich als richtig angenommen. Durch eingehende Forschungen haben aber vor einigen Jahren Dr. K. Ogino und Dr. H. Knaus (Graz) unabhängig voneinander die Unhaltbarkeit dieser Annahme nachgewiesen. Ihre Forschungsergebnisse sind bisher durch die Praxis in vielen Fällen bestätigt und von keiner Seite widerlegt worden. Damit ist ein Geheimnis der Natur entschleiert, das für die Frage der Geburtenregelung von größter Bedeutung ist. Es gibt damit nämlich auf Grund der jüngsten Forschungsergebnisse der Biologie eine leicht begreifbare natürliche Methode der Schwangerschaftsverhütung.

Nach sorgfältigen, langjährigen Untersuchungen von Knaus und Ogino liegt zwischen zwei Menstruationen ein genau bestimmbarer Zeitabschnitt, an dem auch bei der gesunden Frau aus natürlichen Gründen eine Schwangerschaft unmöglich ist. Der männliche Same verliert im weiblichen Körper nach kurzer Zeit die Fähigkeit zum Befruchten. Ogino nimmt an, daß er drei Tage befruchtungsfähig bleibt. Knaus hält diese Zeitangabe für noch zu hoch und nimmt nur zwei Tage an. Weiter steht heute fest, daß jeweils zwischen dem 16. und 12. Tage vor der zu erwartenden nächsten Menstruation ein weibliches Ei in den Eierstöcken frei wird, das in der Gebärmutter aber nur höchstens 24 Stunden befruchtungsfähig bleibt. Kommt während dieser Zeit keine Befruchtung zustande, so wird die weibliche Eizelle bei der nächsten Monatsblutung aus der Gebärmutter abgestoßen. Nur an einem Tag, der zwischen dem 16. und 11. Tage vor der zu erwartenden Menstruation liegt, kann also eine Befruchtung erfolgen. Da die männlichen Samenfäden im weiblichen Körper ihre Fähigkeit zum Befruchten nach höchstens drei Tagen einbüßen, kann der Geschlechtsverkehr auch bei der gesunden Frau nur an vier Tagen, die irgendwo zwischen dem 19. und 11. Tage vor der nächsten zu erwartenden Menstruation liegen, zu einer Schwangerschaft führen. In der übrigen Zeit ist eine Empfängnis unmöglich, weil die natürlichen Voraussetzungen dazu fehlen.

Der holländische Frauenarzt Smulders hat in deutscher Sprache zu diesen Fragen ein Buch unter dem Titel „Periodische Enthaltung in der Ehe“ veröffentlicht. Er bringt aus seiner Praxis zahlreiche neue Belege für die Richtigkeit der oben angeführten Theorie.

Die praktische Anwendung der Methode Ogino-Knaus besteht darin, daß an den „gefährlichen“ Tagen entweder Enthaltung geübt wird oder Vorbeugungsmittel angewandt werden. Während der übrigen Zeit ist eine Empfängnis ausgeschlossen. Wie kann

Entsetzliche Lüge: wir sind blutleere Kadaver . . . Kanonenfutter . . . Hammel und Schweine . . . „das ist die Ga — arde, die unser Kaiser . . .“

Vergessen sollen wir unsere Armseligkeit . . . unsere Sklaverei . . . und unsere brutenden Gedanken und unseren Hunger . . . Aber wir schreiben das Jahr „Neunzehnhundertundsiebzehn“ — tief in uns bohren Haß und Hunger, . . . hütet euch, ihr Treiber! Uns täuscht keine Marschmusik mehr! Wach sind unsere Gedanken!

Und unser General ist der Hunger, der marschiert vorne bei der Musik!

„Halunken!“, sagt Kilb plötzlich aus seinen Gedanken heraus. Ich sehe ihn an, in seinem Gesicht zuckt es, seine Nasenspitze ist ganz weiß, das ist das Zeichen seiner höchsten Empörung und seines tiefsten Hasses

„Karl, lieber Kamerad“, sage ich, und kann nichts weiter sagen, und wollte ihm soviel sagen . . . was wollte ich ihm doch eben noch alles sagen . . . wie quoll es doch in meinem Herzen auf . . . ich schlucke nur . . . längst haben uns die Qualen und Demütigungen dieser Wochen stumm gemacht . . . Blicke und Gedanken sind unsere Sprache . . . wir schämen uns unseres Gefühls . . . das Herz ist uns totgetrapelt . . . schwere Steine liegen uns in der Brust . . . wir sind keine Menschen mehr, wir sind nur noch Soldaten . . .

So fasse ich Kilbs Arm . . . ich suche eine Berührung mit ihm . . . er erinnert mich manchmal noch an den Menschen . . . er bäumt sich manchmal noch auf . . . er wehrt sich gegen die Tritte, die man gegen sein Herz führt . . . er ist der Tapferste der Kompanie . . .

Er blickt mich nicht an . . . ich beuge mich etwas vor . . . ich will sein Gesicht sehen . . . da sieht er mich endlich an . . . Zorn und Schmerz sind in seinem Blick und — er weint, — Kilb, der Kutscher mit den harten Fäusten . . . der Rebell . . . er weint. — — — Und dann strömt es aus ihm heraus . . . leise . . . gepfeift: „Diese verfluchte Musik . . . ich hasse sie . . . ich will sie nicht hören . . . meine beiden Brüder . . . der Friedrich war Musiker . . . und der Alwin war Seemann . . . was waren das für brave Kerls . . . mit dieser Musik . . . mit dieser verfluchten Marschmusik sind sie wegmarschiert . . . ich habe sie nach dem Bahnhof gebracht, das kann ich nicht vergessen . . . das kann ich nicht vergessen!“ — Und er schlägt sich die Faust vor das Gesicht und reißt sich zornig die Tränen aus den Augen . . . und dann puzt er etwas Putzwolle aus einer Patronentasche und stopft sich die Ohren zu — — —

Da vorne aber ist Schützenfest: Tsching — tsching — bumm bumm . . . tsching tsching, bumm bumm . . . Trommeln und Pfeifen, und auf und ab der Tambourstab . . .

„Gib mir mal das Gewehr her, mein Junge“, sagt Preuß, „du siehst ja furchtbar aus . . .“ „Ich hab nur Hunger, Herr Unteroffizier . . .“ Preuß wiederholt: „Ja ja, nur Hunger . . .“

— — — Kilb trägt sein Gewehr rechts und hat mich mit starkem Arm untergehakt . . .

„Noch 'ne halbe Stunde, Hamburger.“ sagt er, „halt man durch, es kommen noch schlimmere Tage.“ (Wird fortgesetzt)

man nun den Zeitabschnitt ermitteln, in dem eine Befruchtung möglich ist? Wichtig ist dabei zunächst die sorgfältige Beobachtung der Dauer des Menstruationszyklus. Unter Zyklusdauer ist zu verstehen die Zeit (nach Tagen gerechnet) vom ersten Tag des Beginns einer Menstruation bis zum Tage vor der nächsten Menstruation einschließlich. Da erfahrungsgemäß Schwankungen in den Zeitabschnitten zwischen den Menstruationen auftreten, sind mehrere Monate genaue Aufzeichnungen über die Zyklusdauer zu machen. Schwankt die Dauer des Menstruationszyklus zwischen 26 und 30 Tagen, so gilt nach Knaus die folgende Regel: Vom 1. bis einschließlich 8. Tag nach dem Eintritt der Menstruation ist eine Befruchtung unmöglich. Vom 9. bis einschließlich 17. Tage nach dem Eintritt der Menstruation ist die „gefährliche“ Zeit, in der als Folge des Geschlechtsverkehrs Befruchtung eintreten kann. Vom 18. Tag nach dem Eintritt der Menstruation bis zum Tage vor dem Beginn der nächsten Blutung herrscht wieder natürliche Unfruchtbarkeit.

Es ist klar, daß diese Forschungsergebnisse für die Frage der Geburtenregelung von größter Bedeutung sind. Wichtig ist vor allen Dingen die genaue Feststellung der Zyklusdauer. Die Methode Ogino-Knaus ist nämlich nur anwendbar bei Frauen, bei denen die Menstruation in regelmäßigen Abständen eintritt. Schwankungen zwischen 26 und 30 Tagen müssen noch als normal angesehen werden. Die Regelmäßigkeit der Menstruation kann gestört werden zum Beispiel durch Krankheit, Stoffwechselstörung, ungewohnte körperliche Anstrengungen, schwere seelische Erschütterungen, markanten Klimawechsel, Geburten und Schwangerschaftsunterbrechungen, durch das Stillen des Kindes. In allen solchen Fällen kann die Methode Ogino-Knaus erst wieder angewandt werden, wenn nach mehrmonatiger sorgfältiger Beobachtung die Regelmäßigkeit des Menstruationszyklus wieder sicher feststeht.

Es ist beachtenswert, daß die Methode Ogino-Knaus vornehmlich von katholischer Seite propagiert wird. Die oben angeführte Schrift von Smulders ist mit kirchlicher Druckerlaubnis erschienen. Bekanntlich verbietet die katholische Kirche die Anwendung von empfängnisverhütenden Mitteln. Die Methode Ogino-Knaus ist eine natürliche Vorbeugungsmethode. Aus diesem Grunde ist sie von maßgebenden katholischen Moraltheologen im Einklang mit dem päpstlichen „Rundschreiben über die christliche Ehe“ für erlaubt erklärt. Sz.

Er kann es nicht begreifen

Ein Narr stand am Straßenrand und sah, wie ein mit Lanzen und Hautbitzen bewaffneter Trupp Soldaten vorübermarschierte. „Woher kommen diese Männer?“, fragte der Narr die Vorübergehenden.

„Die kommen aus dem Frieden.“
„Und wohin gehen sie?“
„In den Krieg.“
„Was tun sie im Kriege?“
„Sie töten den Feind und verbrennen seine Städte.“
„Warum tun sie das?“
„Um den Frieden zu haben.“
Da erklärte der Narr, er könne das nicht verstehen. „Sie kommen aus dem Frieden und ziehen in den Krieg, um den Frieden zu haben? Warum bleiben sie nicht gleich im Frieden?“, fragte er. Aber er war ja nur ein Narr, solche Dinge konnte er ja nicht verstehen.

Sparsamkeit

„Hallo, Meyer! — Sie schreiben mir da, daß Sie mir die Schuld infolge „Wewikri“ nicht länger stunden können. Was heißt denn das? Mimikry kenn' ich, — aber Wewikri? Ist das 'ne Krankheit?“

„Nee. Ich kann doch wegen der langen Worte, die jetzt täglich dreihundertmal vorkommen, nicht stundenlang Schreibarbeit bezahlen. „Wewikri“ — das heißt Weltwirtschaftskrise!“

Der Teilschuß

Mutter: „Franz, um Gottes willen, was machst du denn da mit deiner Armbrust, du zielst ja dem kleinen Peter auf den Bauch!“
Franz: „Wir spielen Wilhelm Tell, und Peter hat den Apfel aufgefressen.“



Verbandsleben



Die Kupferschmiede schließen sich dem DMV an

Der Verbandstag der Kupferschmiede, der am 9. und 10. Mai in Magdeburg stattfand, war eine Abschiedstagung. In eingehender Weise hat er vor allem die Verschmelzung mit dem DMV beraten.

Seit 1906 wurde fast auf jeder Generalversammlung beider Verbände die Verschmelzung behandelt. 1926 ist dann gemeinschaftlich von Vertretern beider Vorstände ein Kartellvertrag geschaffen worden, dann 1930 eine Vereinbarung, um den Mitgliedern des Kupferschmiedeverbandes den Anschluß an den DMV zu ermöglichen. Der Verbandstag der Kupferschmiede im Jahre 1929 hat in einer einstimmig angenommenen Entscheidung den Zusammenschluß mit dem DMV für geboten erachtet und einen baldigen Abschluß der Vereinbarungsverhandlungen erwartet, jedoch auch ausdrücklich beschlossen, daß eine erneute Urabstimmung zu erfolgen habe.

Im Oktober 1930 hatten sich von den 7045 Mitgliedern des Kupferschmiedeverbandes 5458 an dieser Urabstimmung beteiligt, wovon sich für den Zusammenschluß 2433 erklärten, dagegen 2989. Darauf sah sich der Vorstand der Kupferschmiede veranlaßt, mit dem Zentralausschuß und den Bezirksleitern eingehend zu diesem Abstimmungsergebnis Stellung zu nehmen. Diese Konferenz bekundete einstimmig, daß „mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung, und da sich Befürworter wie Gegner der Verschmelzung fast die Waage halten, die Entscheidung über die Vereinigung mit dem DMV in die Hände der nächsten Generalversammlung gelegt und vorher den Mitgliedern bei der Delegiertenwahl Gelegenheit gegeben wird, ihrem Willen Ausdruck zu geben“.

Auf dem jetzigen Verbandstag in Magdeburg waren von den 30 Vertretern zunächst nur 17 für den Anschluß. Der Vorsitzende, Kollege Jahrmarkt, schilderte in seinem Tätigkeitsbericht die ungünstige Auswirkung der Krise. Trotzdem habe der Lohnabbauwütigen Unternehmensschiff erfolgreich Widerstand geleistet werden können. Tarifliche Maßnahmen seien mit den bezirklichen und örtlichen Vertretern des DMV vereinbart worden und dadurch hätten Abwehrbewegungen mit teilweisem Erfolg durchgeführt werden können. Aus Zweckmäßigkeits- und sonstigen Gründen sei es höchste Zeit, daß

die Verschmelzung mit dem DMV hier beschlossen werde. Dies zu tun, seien die Delegierten nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet unter der Voraussetzung, daß die 1930 getroffene Vereinbarung beider Vorstände noch Geltung habe.

An der Aussprache beteiligten sich fast alle Vertreter. Von den Befürwortern der Verschmelzung wurde betont, daß die Kupferschmiede schon seit Jahren bei Lohn- und Tarifbewegungen mit dem DMV zusammenarbeiten. Die Zeit der Berufsorganisation sei jetzt vorbei. Die persönliche Neigung für den Berufsverband sei menschlich begreiflich, doch darüber stehe die Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflicht. Schließlich bekannten sich auch die Vertreter, die eine erneute Urabstimmung verlangten, für den Anschluß an den DMV. Mit 19 gegen 11 Stimmen wurde dann die Verschmelzung denn auch beschlossen und die Vereinbarung der beiden Vorstände einstimmig angenommen. Ein Ergebnis, das mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde.

Diese Entscheidung wird weit über die zwei beteiligten Verbände hinaus bedeutsam sein. Es ist möglich, daß besonders die Kollegen, die seit 1886, dem Gründungsjahr des Kupferschmiedeverbandes, diesem angehören, den Beschluß von Magdeburg wehmütig begrüßen. Ein solches Gefühl wäre zu verstehen und würde geziemend gewürdigt werden. Das wurde besonders auch dem Kassierer der Kupferschmiede, dem Kollegen Raabe, gegenüber ausgedrückt, als er zu Herzen gehende Abschiedsworte an den Verbandstag richtete.

Dem Kollegen Raabe wie all den wackern Kampfgenossen der Bruderorganisation danken wir für ihre gewerkschaftliche Treue, die viele von ihnen fast vier Jahrzehnte lang genugsam bewiesen haben.

Durch den Anschluß an den DMV wird das gesichert und weitergeführt, was die alten wie die jungen Kupferschmiede bisher in ihrer Berufsorganisation erstrebt. Diese Bestrebungen werden trotz aller Stürme dermaleinst im DMV verwirklicht werden.

In diesem Sinne: Kupferschmiede, seid uns im DMV herzlich willkommen!

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 29. Mai, ist der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Mai bis 4. Juni 1932 fällig.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Tangermünde: Der Dreher August Querfurth, geb. am 17. Januar 1874 zu Rahnstedt, Mitgliedsbuch Nr. 3157015, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Für nichtwiederaufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Cuxhaven: Der Schlosser Kurt Schumann, geb. am 8. September 1892 zu Chemnitz, Mitgliedsbuch Nr. 4381818, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

Zur Abgeordnetenwahl des Verbandstags

Wir machen hiermit nochmals auf die Wichtigkeit der Wahl der Abgeordneten zum Verbandstag in Dortmund aufmerksam und empfehlen rege Beteiligung.

Die Wahl findet in den Wahlabteilungen, die nicht von dem durch die Wahlordnung eingeräumten Recht der Wahl der Abgeordneten in Vertreterversammlungen mit zwei Drittel Mehrheit Gebrauch gemacht haben oder machen wollen,

am Sonntag, dem 26. Juni 1932, in der Zeit von 10 bis 14 Uhr statt.

Ist auf Antrag eine andere Wahlzeit durch die zuständige Bezirksleitung oder dem Vorstand festgesetzt worden, so gilt diese Zeit, die den Mitgliedern örtlich entsprechend bekanntgemacht worden ist.

Ferner weisen wir noch darauf hin, daß wahlberechtigt nur solche Mitglieder sind, die am Tage der Wahl dem Verband mindestens 13 Wochen angehören und für diese Zeit ihre Beiträge bezahlt haben. Wer am Tage der Wahl mehr als 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand ist, scheidet damit aus dem Verband aus und ist zur Stimmabgabe nicht mehr berechtigt (§ 35 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 a. des Statuts).

künftighin zur Entlassung Kommende ebenfalls eine Erwerbslosenunterstützung beziehen sollen, nachdem sie vorher solidarische Pflichttreue bewiesen haben.

Der Dortmunder Verbandstag wird unter möglicher Berücksichtigung der in dieser Sache wohl eingehenden zahlreichen Vorschläge aus den Reihen der „einfachen“ Mitglieder eine entsprechende Unterstützungsherabsetzung beschließen müssen. Ich schlage eine Gesamtkürzung von 20 vH aller Unterstützungssätze nach §§ 10, 15 und 16 unseres Verbandsstatuts vor, ohne Kürzung der jetzigen Bezugsdauer. Unsere Invalidenversicherung darf von einer Herabsetzung nicht betroffen werden.

Die weniger einsichtigen Kollegen, die an der unvermeidlichen Unterstützungs-kürzung wahrscheinlich herbe Kritik üben werden, sollten bedenken, was es bedeutet, wenn über 40 vH der Mitglieder des Verbandes erwerbslos, zum überwiegenden Teil sogar langfristig ohne Verdienst sind. Die weit aus große Mehrzahl der Mitglieder wird aber sicher volles Verständnis für die Zwangsläufigkeit der Kürzung aufbringen und auch weiterhin den Finanzministern unserer Gewerkschaft das Vertrauen erweisen, das sie in ihrer Sorge um die Kampfkraft des Verbandes benötigen.

H. Brauer, Kiel.

Theodor Leipart 65 Jahre

Am 17. Mai hat Theodor Leipart seinen 65. Geburtstag begangen. Was sollen wir bei dieser Gelegenheit über das Leben und Weben des Führers der deutschen Gewerkschaften viel sagen? Es ist ja unsern Lesern hinlänglich bekannt. Sie wissen, daß Leipart gewerkschaftlich dem Drechslerverband entstammt, daß er dessen Vorsitzender in den 1890er Jahren war, dann durch die Verschmelzung zum Holzarbeiter-Verband kam und hier bis 1919 Vorsitzender war. Nach der Staatsumwälzung wurde er als Arbeitsminister in Württemberg berufen, zwei Jahre später trat er die Nachfolge Legiens im AGDB an. In dieser Stellung ist er allen Gewerkschaftern und der großen Öffentlichkeit, und nicht nur der deutschen, bekannt geworden als ehrlicher und furchtloser Streiter für die Arbeitersache. Das wird Theodor Leipart selbstverständlich auch weiterhin bleiben. Darum wünschen wir ihm zu seinem 65. alle Gesundheit. Die breite Schar der Metallarbeiter wird, das sind wir gewiß, dasselbe ebenso aufrichtig wie wir wünschen.

Entlassung des Betriebsobmannes

Mit Urteil vom 2. Dezember 1931 hat das Reichsarbeitsgericht eine wichtige Entscheidung über den Schutz des Betriebsobmannes in Kleinbetrieben (unter 20 Beschäftigten) gefällt. Nach § 98 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes muß zur Entlassung eines Betriebsobmannes eine Belegschaftsversammlung ihre Zustimmung geben. Das RAG hat entschieden, daß in dieser Versammlung die Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer der Entlassung zustimmen müsse. Die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Belegschaftsangehörigen genügt nicht.

Es hat in diesem Urteil weiter ausgesprochen, daß eine Beschlussfassung der Versammlung nach Anhörung sowohl des Arbeitgebers als auch des Betriebsobmannes erfolgen müsse. Die Unterzeichnung eines Schriftstückes durch Belegschaftsangehörige, in der sie die Zustimmung zur Entlassung des Betriebsobmannes erklären, sei keine Beschlussfassung, auch wenn der Unterzeichner dieses Schriftstückes eine Versammlung vorausgegangen sei. (RAG 225/31.)

Die Erwerbslosen-Unterstützung des DMV

Zu dem gleichbenannten Aufsatz in Nr. 20 der MZ sind uns verschiedene Zuschriften aus dem Kollegenkreis zugegangen, die wir hier folgen lassen. Schriftleitung.

In Nr. 20 der Metallarbeiter-Zeitung kommt der Verfasser des Aufsatzes „Die Erwerbslosenunterstützung des DMV“ zu dem Schluß, daß der Verbandstag in Dortmund eine Kürzung der Bezugszeit der Erwerbslosenunterstützung und eine Staffelführung dieser Unterstützung vorsehen muß. Der erweiterte Beirat hat am 21./22. März d. J. schon einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Nach dem 1. April ausgesteuerte Mitglieder müssen erst 92 Wochenbeiträge geleistet haben, ehe sie wieder bezugsberechtigt sind. Gleichzeitig stand der Beirat auf dem Standpunkt, daß der Verbandstag das Beitrags- und Unterstützungsweisen mit den Zeitverhältnissen in Einklang bringen muß. Auf welche Weise soll dieses geschehen, ohne eine Reihe von Mitgliedern hart zu treffen?

Die Einführung der einzelnen Unterstützungsarten hat dem Verband nichts geschadet. Das Gegenteil war der Fall. Die Einführung der Invalidenunterstützung z. B. hat zum guten Teil dem Wechsel der Mitglieder Einhalt geboten. Einmal erworbene Rechte gibt so leicht niemand preis. Der materielle Vorteil hält das Mitglied beim Verband. Das soll gewiß keine Verallgemeinerung sein, aber man muß auch mit dieser Einstellung rechnen. Wenn man bedenkt, daß unser Verband

im Jahre 1927	7 701 573 M
" " 1928	14 250 217 "
" " 1929	22 140 976 "
" " 1930	35 738 507 "
im Januar und Februar 1931 je	3 750 000 "

an Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt hat, so ist es klar, daß auf die Dauer solche Summen nicht gezahlt werden können. Hinzu kommt, daß die Zahl der Erwerbslosen ständig steigt, also deren Unterstützung auch weiterhin die Hauptausgabe bilden wird. An der Invalidenversicherung darf nicht gerüttelt werden. Das ist eine Einrichtung um die uns die Gewerkschafter, die dergleichen nicht haben, beneiden.

Überhaupt sind die Leistungen unseres Verbandes, gemessen an denen anderer Gewerkschaften, als gut zu bezeichnen. Zum Vergleich folgendes: Im Jahre 1930 hatte der DMV im Bereich Essen 51 272 Mitglieder, der Bergarbeiter-Verband im Ruhrbezirk 63 020; der DMV zahlte an Unterstützungen 1 787 991 M, der Bergarbeiter-Verband 1 296 650 M. Das ist je Mitglied im DMV 33,69 M, im Bergarbeiter-Verband 20,57. Der DMV hat im Bezirk Essen 13,12 M oder 63,78 vH je Mitglied mehr ausgegeben als die Ruhrbezirksleitung des BAV. Diesen Vorsatz müssen wir als größte Gewerkschaft nach Möglichkeit auch beibehalten. Bei der Neuregelung muß meiner Ansicht nach der Verbandstag folgendes erwägen:

Die Bergarbeiter und auch andere Organisationen haben als Beitrag einen Stundenlohn festgesetzt. Sinkt oder steigt der Lohn, so fallen oder steigen auch die Beiträge und damit auch die Unterstützungen. Unsere Beiträge, die nach Altersstufen gestaffelt sind, entsprechen nicht mehr den Zeitverhältnissen. Also: Größere Staffelführung der Beiträge. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Höhe der Beiträge, die Dauer der Unterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft. Das wäre eine Lösung, die den Rechten der langjährigen Mitglieder Rechnung trägt würde. Die Anwartschaftszeit muß gleich sein, oder sie muß für angesteuerte Mitglieder herabgesetzt werden. Der Beschluß des Beirats läßt sich nicht aufrechterhalten, weil zum das angesteuerte Mitglied mehr Beiträge leisten muß, wenn es wieder Unterstützung beziehen will, als ein anwartschaftslos.

Beispiel: A. tritt am 1. 1. 30 ein; am 1. 1. 32 wird er arbeitslos. Da er nach dem 1. 4. 32 angesteuert wird, muß er 92 Beiträge zahlen, bevor er wieder Unterstützung beziehen kann. Das sind in der ersten Beitragsklasse 92 x 1,30 = 119,60 M. An Unterstützung bezieht er dann 90 x 1,10 = 99 M. — B. hat gerade 52 Wochenbeiträge gezahlt, das sind 67,60 M, und wird arbeitslos. Er bekommt an Unterstützung 90 x 1,00 = 90 M.

Lohnabschlüsse sind aus bestimmten Gründen hierbei nicht gerechnet. Weiter wäre zu prüfen, ob es nicht ratsam wäre, einen Unterschied einzuführen zwischen Erwerbsunfähigkeit, verursacht durch Krankheit oder durch Arbeitslosigkeit, Krank-

heit ist meist von kürzerer Dauer, während Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen Monate, ja Jahre anhält.

Ich hoffe und erwarte, daß der Verbandstag wie früher auch diesmal den richtigen Weg zeigen wird zum Besten des Verbandes und seiner Mitglieder.

A. Pytlík, Radbod.

Die Zusage, die vor zwei Jahren auf dem Berliner Verbandstag gegeben wurde, daß wir die nächsten zwei Jahre durchhalten werden, hat unser Vorstand gehalten. Gewiß konnte damals kein Mensch ahnen, daß sich die Krise mit allen ihren Erscheinungen dermaßen ausbreiten und auswirken werde. Man hat da eben gegeben, weil noch etwas zum Geben da war. Heute sieht man allerdings klarer. Leider hat sich allmählich auch unsere Sparbüchse merklich geklärt, so daß man sich eben umsehen muß, wie dem für die Zukunft gesteuert werden soll. Keine Frage dürfte meiner Ansicht nach die Erhaltung des Kampffonds sein, der einen eisernen Bestand in nicht geringer Höhe haben muß für die Kämpfe mit dem Unternehmertum.

Bei Neuregelung der Unterstützung mußten wir zuerst aus den Fehlern, die sich bei der staatlichen Arbeitslosenversicherung gezeigt haben, lernen, und diese von vornherein ausmerzen. Um eine Kürzung und Staffelführung werden wir wohl leider nicht herumkommen. Hoffen wir, daß jeder Kollege von einer solchen Notwendigkeit überzeugt ist. Rechnen darf man wohl auf das Solidaritätsgefühl der stärker betroffenen Kollegen, da es im Interesse ihrer Kollegen geschieht. Denn eins steht wohl fest, daß man das bisherige Schema der Höhe wie auch der Tage wird ändern müssen.

Ich hätte nun folgenden Vorschlag: Man soll eine Neuregelung unserer Unterstützung ähnlich der staatlichen Arbeitslosenversicherung einführen, wo man die Unterstützung in Sätze staffelt, die nach Tarifgruppen im Reichsdurchschnitt eingeteilt sind und die schlechteren Gruppen höher einstellt, als die im Verhältnis noch gut dastehenden. Eine Bedürftigkeitsprüfung, wie die Festsetzung nach dem Verdienstausschuss fürs Arbeitsamt, wo die Lohnstufe ermittelt wird, würde ich ablehnen. Denn sie führt zur Mehrarbeit in den Verwaltungen und zu einzelnen Ungerechtigkeiten, die dann wieder Spannungen und Mißtrauen zwischen Kollegen hervorrufen.

So könnten wir die kommende Neuregelung, die auf alle Schichten gleichmäßig verteilt ist, wohl am besten ertragen, ohne dem einzelnen Kollegen besonders wehe zu tun. Und hoffen wir, daß der Verbandstag in diesem Sinne klar und eindeutig entscheidet, damit unsere Organisation auch in der Zukunft gesichert dasteht.

Matho, Weißwasser.

Zweifellos erkennt jeder logisch denkende Verbandskollege die wirklich große Leistung der bisher vom Verband gezahlten Erwerbslosenunterstützung in ihrer vollen Bedeutung. Vor zwei Jahren schon habe ich mir die jetzt in Nr. 20 sinngemäß erwähnte Frage vorgelegt: Kann unser Verband, als die von der ungeheuren Wirtschaftskrise am stärksten betroffene Gewerkschaft, die Erwerbslosenunterstützung in der bis dahin gezahlten Höhe noch länger gewähren? Sozusagen als Antwort darauf mußte dann vor 1½ Jahren eine in ihrer Gesamtwirkung annähernd 30 vH betragende Kürzung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen werden, um bis jetzt durchzukommen. So geringfügig wirkte sich also diese Kürzung denn doch nicht aus, wie es der Aufsatz in Nr. 20 sinngemäß darstellt. Ich selbst hatte in Befolgung einer etwa Ende 1929 ergangenen Aufforderung des Verbandsvorstandes, trotz meiner Erwerbslosigkeit, die Vollbeiträge weiter gezahlt und habe die damalige Kürzung — genossen. Sachlich kann man aber mit jenem Verfasser völlig berechtigt sagen: Der Verband hat durchgehalten und damit eine soziale Großtat bewiesen, deren Wert von sogenannten RGO-Leuten, allerdings in wohl demagogischer Weise, verkannt werden wird — nachdem diese die ihnen zustehende Unterstützung wohlweislich vorher abholten!

Die oben erwähnte Frage heute stellen, heißt sie zugleich verneinen, wenn man sie ernstlich bedenkt. Jeder verbandstreuere Kollege kann bei ruhigem, sachlichem Nachdenken einsehen, daß eine weitere Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung unseres Verbandes nicht mehr zu vermeiden ist, wenn für kommende Lohnkämpfe ein finanzieller Rückhalt bleiben soll. Ungenügend der eventuellen Notwendigkeit, daß

Noch einmal:

Der Freiwillige Arbeitsdienst

Dem Gespenst der Arbeitsdienstpflicht ist von der Reichsregierung der Garaus gemacht worden. Sie hat sich von der Unmöglichkeit seiner Durchführung überzeugen lassen. An seine Stelle ist der Plan vom freiwilligen Arbeitsdienst getreten. Es haben sich gleich Warner gefunden, die nicht schwarz genug die neue Konkurrenz aller noch in Lohn und Brot Stehender an die Wand malen konnten. Das ist ja ganz nett. Aber was sollen denn die Leute machen, die seit Jahr und Tag auf der Straße liegen und keinen Ausweg aus ihrer Not finden? Die ganze Angelegenheit sollte doch einmal so betrachtet werden, wie sie in Wirklichkeit ist, und nicht so, wie sie vielleicht sein könnte. Es scheint nachgerade Mode zu sein, alle die Dinge zu kritisieren, die zwar nicht nach unserem Geschmack sind, aber doch immerhin dazu dienen können, viele junge Leute ihrer augenblicklichen Sorgen zu entheben.

Wenn man sich überlegt, welchen ungeheuren Umfang heute die Arbeitslosigkeit angenommen hat, dann kann sich wohl jeder selbst ausdenken, wie schwierig es sein wird, alle diese Menschen wieder in den Produktionsprozess einzureihen. Unsere ganze Krise besteht doch darin, daß allein in Deutschland rund 7 000 000 Menschen mit ihren Familienangehörigen nicht mehr als ernsthafte Käufer betrachtet werden können. Hinzu kommt noch, daß auch die Kaufkraft der noch in Arbeit stehenden Bevölkerung durch die unsinnige Lohnpolitik der Reichsregierung stark herabgesetzt worden ist. Das ist einer der Gründe, weshalb auch im Inland der Absatz ständig sinkt.

Sollen wir die Erwerbslosen, und vornehmlich die arbeitslose Jugend, noch einmal etliche Jahre auf der Straße liegen lassen? Sollen wir uns immer mehr dem Punkte nähern, an dem die Jugend sagt, man braucht uns in Deutschland nicht mehr, wir sind überflüssig? Wir erziehen ja dadurch die Jungen erst zu einem Fatalismus, den man ungefähr so umschreiben könnte: Mir ist alles schnuppel! Macht was ihr wollt! Dieses Entbundensein von allem, was ans Leben fesselt, ist doch gerade das Gefährlichste, was man sich überhaupt denken kann. Es wird höchste Zeit, daß die Jugend von der Straße, die weder Ziel noch Ende hat, fortkommt! Wir brauchen die moralische Festigung, die nur die Arbeit geben kann. Oder wollen wir auch in unseren Reihen ein politisches Landsknechtstum entstehen lassen?

Von heute auf Morgen werden wir natürlich diese Verhältnisse nicht ändern können. Man muß wohl oder übel eine Lösung finden, und wenn sie auch nur behelfsmäßig ist. Wir müssen notgedrungen zu Zwischenlösungen greifen, um überhaupt einmal aus der Sackgasse herauszukommen. Es hat ja keinen Zweck, lediglich aus Prestigegründen, weil man einen begangenen Fehler nicht einsehen will, gegen eine Sache zu kämpfen, die schon lange bei vielen Arbeitslosen zu einem lebendigen Faktor geworden ist. Was wir heute glauben noch bekämpfen zu müssen, ist über unsere Köpfe hinweg längst zur Tatsache geworden. Uns bleibt nur noch übrig, diesen Strom des Arbeiten-Wollens in gesunde und nicht ausartende Bahnen zu lenken.

Das Zur-Seite-Stehen hat schon in früheren Jahren recht unangenehme Folgen für uns gehabt. Ein typisches Beispiel dafür, wie man keine Politik machen soll, bietet uns gegenwärtig die Reichswehr. Ein Großteil ihrer früheren Offiziere (andere Dienstgrade sind dabei häufig auch nicht viel besser) sind bei den Nazis und beim Stahlhelm heimisch geworden. Aus leichtverständlichen Gründen haben viele Republikaner in den Nachkriegsjahren wenig Neigung gezeigt, weiterhin den grauen Rock zu tragen. So verständlich das auch damals war, so sehr müssen wir heute bedauern, daß damit erst den Gegnern der Verfassung das wichtigste Machtmittel in die Hand gegeben worden ist. Heute wären wir froh, mit unseren Steuergroschen diese Gesellschaft nicht erhalten zu müssen. Würde das Bild nicht etwas anders aussehen, wenn die Republikaner nüchterner und weniger gefühlsmäßig gedacht hätten?

Soll diese Wandlung der Dinge auch beim freiwilligen Arbeitsdienst eintreten? Sollen wir uns auch hier in den Schmollwinkel stellen und geduldig ertragen, daß unsere Gegner die Geldmittel der Republik dazu benutzen, um ein Bollwerk nach dem andern gegen uns zu errichten? Der Plan vom freiwilligen Arbeitsdienst ist doch nicht entstanden, um den nationalistischen Kreisen beizuspringen. Wenn wir es nicht verstehen, alle diese Dinge, welche die Republik unternimmt, um auch nur vorübergehend und bei einem Bruchteil der Jugend die Not zu bannen, in unserem Sinne auszubauen, dann ist es ja auch schließlich nicht Schuld der Regierung, wenn sich überall die Gegner der Republik mit ihrem Anhang einnisten.

Wir müssen unbedingt die Einrichtungen und die hierfür ausgesetzten Geldmittel für uns beanspruchen! Wir sind natürlich nicht verpflichtet, alles das gut zu heißen, was von Regierungen wegen unternommen wird. Hierzu sind die Gegensätze doch zu groß. Aber in einer Zeit, in der wir durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ins Hintertreffen geraten sind, muß man sich manchmal zu Kompromissen bequemen.

Wir haben unbedingt überall, wo der Plan vom freiwilligen Arbeitsdienst auftaucht, unseren Einfluß geltend zu machen, wir müssen unsere Leute unterbringen. Die Lager, die meistens von den Landesarbeitsämtern ins Leben gerufen werden, müssen von republikanisch Gesinnten geleitet werden. Die Kollegen, die sich am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen, sind in ihrer Freizeit von gewerkschaftlichen, uns nahestehenden Leuten zu unterrichten. Die Aufträge, die vergeben werden, sind daraufhin zu prüfen, ob nicht andere Berufe durch sie brachgelegt werden. Die Art ihrer Ausführung wie auch das ganze Lagerleben ist vor den zuständigen Organen der Arbeiterschaft im Einvernehmen mit den betreffenden Arbeitsämtern zu kontrollieren.

Unsere Parole muß immer sein: Jeder Pfennig der Republik den Republikanern! Kein Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes darf sich in den Händen unserer Gegner befinden!

Gewerkschaftsbürokratie kann nur ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse verlieren durch doppelt und dreifach verstärkte Oppositionsarbeit in den freien Gewerkschaften.

Wie Figura zeigt, verdammt die RGO den Gewerkschaftslegalismus und fordert verstärkte Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften. Sie schreit Kampf und weicht vor dem Terror der Unternehmer zurück. Sie zertört über die verräterische Streikbruchtheitigkeit der Gewerkschaften und hat selbst Streikangst. Sie ist Gegner der Tolerierungspolitik und „toleriert“ selbst.

Meinungsverschiedenheiten über gewerkschaftliche Taktik können und dürfen nicht übertragen werden durch Herauslaufen aus den bestehenden und Neugründung eigener Organisationen, sondern sie müssen innerhalb einer Organisation ausgetragen werden. Der Meinungskampf ist notwendig, denn dieser ist es, der die Entwicklung vorwärts treibt. Um Meinungen läßt sich streiten, welche die richtige ist, beweist die Entwicklung. Die Entwicklung hat bewiesen, daß die Preisfechter der RGO Unrecht haben. Sie hat ferner bewiesen, daß die Niederlage die Strafe für die Dummheit ist und die Zeiten endgültig vorbei sind, wo durch das Geschnatter von Gänsen das Kapitäl gerettet werden konnte.

Die Bergwerks-Zeitung erfreut ihre Gönner

Die „Bergwerks-Zeitung“ läßt (in Nr. 105) einem H. M. allerhand über den „Gewerkschaftssozialismus in Australien“ schreiben, der nun am Ende sei. Die Freude über dieses Ende entspringt mehr dem Wunsch des Auftraggebers des Schreibers, als den Tatsachen. Man sollte wegen diesem Geschichtchen dem schwerindustriellen Blatte nicht gram sein, denn es muß seinen am geschäftlichen Ende stehenden Gönnern etwas Freude bereiten und sich selbst dabei in freundliche Erinnerung bringen. Das wird dem schwerindustriellen Blatt um so leichter, als es gegen die verhasste Gewerkschaftsbewegung zeteren kann, zumal gegen die australische, die ungeheuer viel für die Arbeiterschaft errungen hat. Das kann selbst die Bergwerks-Zeitung nicht bestreiten. Sie läßt ihrem Federarbeiter berichten:

„In Verfolg dieser Gewerkschaftspolitik gelang es allerdings für die städtische Arbeiterschaft Vorteile und Zugeständnisse herauszuholen, die Australien in der übrigen Welt die Bezeichnung eines „Arbeiterparadieses“ einbrachten. Die 5-Tage-Woche war lange vor dem allerdings bald wieder liquidierten russischen Experiment eine Selbstverständlichkeit in Australien. Gearbeitet wurden normalerweise 44 Stunden wöchentlich. Der Samstag war frei. Hier war also das englische Weekend in seiner vollkommensten Form erreicht. Für unsaubere oder besonders anstrengende Arbeiten bestand sogar die 36-Stunden-Woche. Jeder Arbeiter erhielt im Alter eine Staatsrente. Auch steuerlich wurde die Stadtbevölkerung ungewöhnlich bevorzugt. So blieben z. B. Einkommen bis 6000 RM unbesteuerbar. Dazu kam ein ungewöhnlich hoher Lebensstandard. Ein großer Teil der Arbeiter wohnte in schmackhaften und komfortablen Eigenheimen. Der Besitz eines Autos war etwas durchaus Normales. Alle Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation standen zu einem erheblichen Teil dem australischen Arbeiter zur Verfügung. Australien war der große Renommierort der reformistisch-staatskapitalistischen Gewerkschaften und der zweiten Internationale.“

Gewiß wird auch die Gewerkschaftsbewegung in Australien von der Krise in Mitleidenschaft gezogen, aber daß es nun mit dem großen Gedanken, der sie bewegt, zu Ende sei, ist natürlich Unsinn. Die (teilweise) Verwirklichung dieses Gedankens hat zunächst einmal zu hohen Löhnen, großer Kaufkraft geführt und dadurch die Wirtschaftskrise hinaufgehalten. Die Krise wurde verschlimmert durch die Zinszahlung für die in London (für den Weltkrieg) gemachten Anleihen, sie wurde eingestellt. Die australische Arbeiterpartei wollte nicht einsehen, warum das Land immerfort Zinsen zahlen sollte für Geld, daß von Australien aufgenommen werden mußte, um einen Krieg im Interesse Britanniens zu führen. Die Arbeiterpartei war der Meinung, daß das britische Großkapital schon genug Gewinn aus dem Kriege, aus dem es ja als Sieger hervorgegangen, gezogen habe und nun nicht ewig die eigenen Landsleute ausziehen dürfe.

Die Londoner Regierung, um das Einkommen des Großkapitals besorgt, sandte einen Finanzfachmann nach Australien, der herauszufinden hatte, wie der Tribut von Australien weiter gezahlt werden könne. Der Mann kam zu dem gleichen Schluß wie die deutschen Bankrotteure: es müßten die sozialpolitischen Einrichtungen, die hohen Löhne, die Ausgaben für öffentliche Arbeiten und dergleichen mehr abgebaut werden. Das war Honigseim für das Herz der australischen Unternehmer und Londoner Geldleute. Sie schrien wie besessen nach dem, was der Fachmann vorgeschlagen hatte. Die Folgen dieser „Sparsamkeit“ waren genau so, wie es die Gewerkschaften vorausgesagt hatten: die Kaufkraft nahm weiter ab, der Warenabsatz desgleichen, die geschäftliche Flaute verallgemeinerte sich. Was Wunder, daß die australischen Gewerkschaften, das Unheil sehend, sich mit aller Kraft gegen die „Sparsamkeit“ um des Londoner Großkapitals willen zur Wehr setzten. Was Wunder auch, daß die kapitalistische Presse auf dem Erdenrund gegen die australischen Gewerkschaften gefeiert, weil sie nicht hungern und verelenden wollen, nur damit eine ausländische Kapitalistenclique einen goldigen Tribut fortlaufend erhält.

Sind hohe oder niedrige Löhne Krisenursache?

Im Auftrage des Völkerbundes hat Prof. Felix Mlynarsky, früherer Vizegouverneur der Polnischen Notenbank und Mitglied der Goldkommission des Völkerbundes, ein Gutachten über die Goldwährungsfrage ausgearbeitet. Er widmet eine ausführliche Darstellung dem Problem der Stabilisierung der Warenpreise, die in den Vereinigten Staaten während der Jahre 1923 bis 1929 durch die amtliche Kreditpolitik durchgeführt wurde und zeigt, weshalb diese Preisstabilisierung nicht geeignet war, die Wirtschaftskrise zu verhüten. Der Fehler, der zur Krise führte, bestand nach Mlynarski darin, daß die Löhne weniger erhöht wurden als der Ertrag der Produktion anwuchs. Trotz ihrer Steigerung blieben die Löhne hinter dem Produktionsertrag zurück, so daß der Anteil des Lohneinkommens an dem gesamten Volkseinkommen erheblich vermindert wurde. Dem standen die stark erhöhten Profite der Unternehmer gegenüber, den diese, dank der Stabilisierung der Warenpreise, allein in der Börsenspekulation und zu Neuanlagen, die sie mit äußerst billigem Aktienkapital zu errichten vermochten, verwenden konnten. Derart entstanden in Verbindung mit der gewaltigen Steigerung der Aktienkurse Neuanlagen, die sich als Fehlansagen erweisen mußten, sobald die falsche Verteilung des Einkommens umföhrbar zur Verringerung des letzten Verbrauchs im Vergleich zur Produktion führen mußte. Die Konjunktur mußte daher zusammenbrechen.

Mit größtem Nachdruck betont Professor Mlynarski, daß die Stabilisierung der Warenpreise zur Verhütung der Wirtschaftskrise nichts nützen kann, solange der erhöhte Produktionsertrag derart verteilt wird, daß die Unternehmer auf Kosten der Arbeiterklasse erhöhte Profite ansammeln können.

Wie die RGO sich selbst sieht

Es wird uns geschrieben: Wenn man sich mit den Anhängern der RGO auseinandersetzt, muß man immer wieder hören, daß die Gründe, womit sie trotz des Bankrotts der kommunistischen Gewerkschaftstaktik die Daseinsnotwendigkeit der RGO zu beweisen versuchen, folgende sind:

In den freien Gewerkschaften gebe es keine Meinungsfreiheit; jeder, der dort eine eigne Meinung zum Ausdruck bringe, werde ausgeschlossen. Zehntausende von Kommunisten seien aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, nur weil sie Kommunisten sind. Diese Zehntausende hätte man nicht sich selbst überlassen können und dürfen, sondern sie zusammenfassen müssen, was zur Bildung der RGO geführt hätte.

Demnach hätten die Gewerkschaften durch die Ausschlüsse von Kommunisten die RGO erzwungen, und nicht die Kommunisten, sondern die Gewerkschaften hätten die Gewerkschaftsbewegung gespalten und damit die Schwächung der Kampfkraft des Proletariats verschuldet.

Für jeden halbwegs Kundigen ist es ganz klar, daß diese Beweisführung vollständig falsch, schon in ihrem Anfang unrichtig ist. Die Reihenfolge der kommunistischen Beweisgründe ist umgekehrt: erst haben die Kommunisten eigne Kampfleistungen, rote Betriebsräte und die RGO geschaffen, erst als Folge dieses gewerkschaftszerstörenden Unfugs kamen Ausschlüsse aus den Gewerkschaften. Nicht umgekehrt. Nie ist ein Kommunist wegen seiner politischen Gesinnung aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, sondern immer nur, weil er sich gewerkschaftszerstörender Handlungen schuldig gemacht hatte.

Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in internationalem Maßstabe begann kurz nach dem Kriege. In Frankreich, der Tschechoslowakei und andern Ländern wurden „Rote Gewerkschaften“ gegründet. Im Jahre 1920 hob man in Moskau die Rote Gewerkschafts-Internationale aus der Taufe. Wer die Spaltung international bejaht und durchführt, kann sie national nicht verneinen. Das beweist der Zickzackkurs der KPD in der Gewerkschaftsfrage zur Genüge.

Die RGO machte vor kurzem den Versuch, die kommunistische Gewerkschaftstaktik in einer theoretischen Abhandlung wissenschaftlich zu begründen, um so ihre Berechtigung nachzuweisen, nachdem es in der Praxis so glänzend vorbeigelungen ist. In einem von F. David verfaßten Buch: „Der Bankrott des Reformismus“ heißt es auf Seite 268:

„Millionen Arbeiter sind in den freien Gewerkschaften organisiert. Die Anhänger des revolutionären Klassenkampfes in den freien Gewerkschaften wollten nicht und konnten nicht eine Agitationsgruppe in den freigewerkschaftlichen Organisationen bleiben; sie wollten nicht und konnten nicht eine Opposition seiner Majestät der Herren Leipart und Ulrich sein. Keine Kraft konnte die Anhänger des revolutionären Klassenkampfes angesichts der großen Verbrechen der deutschen Gewerkschaftsführer zu einer bloßen Agitationsgruppe herabwürdigen.“

Spaltung der Gewerkschaften ist also ein Beweis revolutionärer Pflichterfüllung, ebenso die Organisation von Kampfaktionen gegen das Proletariat, denn die „Kampfkationen“ der RGO schaden niemals dem Klassegegner, aber immer der eigenen Klasse. Die RGO hat sich bisher nirgends als aufbauende, sondern immer als zerstörende Kraft innerhalb des

Proletariats betätigt. Es gibt ein Denken in Begriffen und ein Denken in Vorstellungen. Die Väter der RGO dachten in Klassenfreunden, utopischen Vorstellungen, die Trotzki (in „Was nun?“, Seite 91) also schildert:

„Der allgemeine Kurs der dritten Periode ging auf parallele Gewerkschaftsverbände. Man nahm an, die Massenbewegung werde über die alten Verbände hinausgeschleudert und die Organe der RGO zu Initiativkomitees des wirtschaftlichen Kampfes werden. Zur Verwirklichung dieses Planes fehlte eine Kleinigkeit: die Massenbewegung. Bei Frühjahrswasser tragen die Wellen viele Umzäunungen ab. Versuchen wir, die Umzäunungen abzutragen — meinte Losowski — vielleicht werden dann Frühjahrswasser fließen.“

Die in Moskau geweihsagten Frühjahrswasser stellten sich jedoch nirgends ein, wohl aber ein rauher Reif auf Losowskis Blümenträume. Die Arbeiterschaft schaute sich die RGO nur mit dem Hinterteil an, so daß sie infolgedessen bloß ein Dasein in den Spalten der KPD-Presse führt. Statt der erhofften Mammutorganisationen kamen Lärmmachervereine, deren Tätigkeit sich im Drehen des Vereinsmühhens erschöpft.

Von Zeit zu Zeit hält die RGO Bezirkskonferenzen ab, wo man nicht umhin kann, betrübt festzustellen, daß es mit der Führung der Arbeiterklasse durch die RGO immer noch nichts ist. „Selbstkritisch“ wird untersucht, warum und wieso das so ist. Der Begriff „Selbstkritik“ wird in der KPD dahin ausgelegt, daß jedes Mitglied das Recht und die Pflicht hat, sich solange selbst zu kritisieren, bis es von der Richtigkeit der „Generallinie“ überzeugt ist und die Mißerfolge der RGO, ihre vollkommene Einflußlosigkeit, auf sein eigenes Verschulden zurückführt. Das Ergebnis dieser „Selbstkritik“ wird in Form einer Resolution verewigt — dann wurstelt man mit Bewährungsfrist weiter.

Am 8. Mai tagte der Bezirkskongreß der RGO Wasserkante. In der „Hamburger Volkszeitung“ vom 9. Mai wird die neue Entschließung veröffentlicht, in der es heißt:

„Das Fehlen von betrieblichen, konkreten Kampforderungen, von vorbereitenden Kampfausschüssen, das Zurückweichen vor dem Terror der Unternehmer, Streikangst, Gewerkschaftslegalismus, das Fehlen einer wirklichen Einheitspolitik, die ungenügende Verbindung mit den Erwerbslosen, die ungenügende Einbeziehung der Frauen und Jugendlichen in die Kampffront, die zu starke Propagierung des Streiks ohne gleichzeitige Ausnutzung aller anderen Formen des Widerstandes, der Abwehr, der Offensive, das sind die Hauptmängel und Schwächen der RGO.“

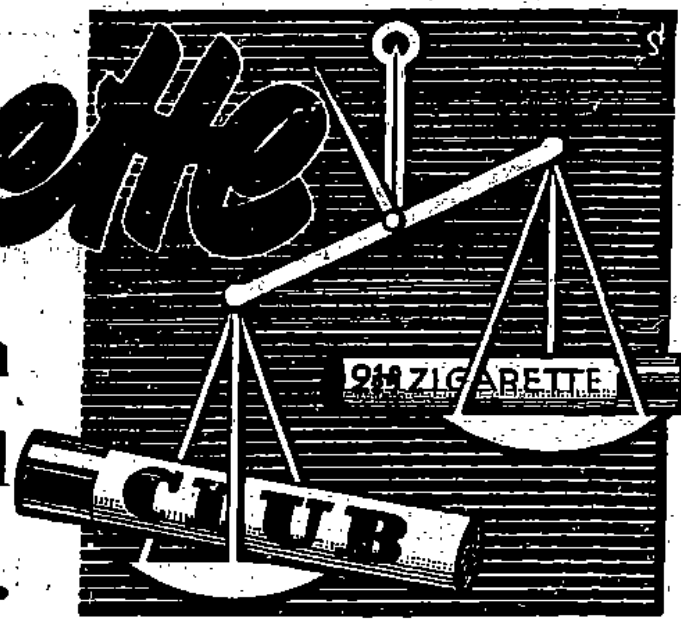
Damit der Humor auch zu seinem Recht kommt, heißt es einige Zeilen weiter: „Die verräterische Streikbruchtheitigkeit der

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben
an Unorganisierte und Gleichgültige.
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

-aber die 2 1/4 Zigarette

darf nur 1 gr. wiegen, während die 3 1/2 Pfg.-Zigarette 1,25 gr. wiegen darf. **CLUB 3 1/2** hat gesetzlich zulässiges Höchstgewicht und vor allem: Sie ist rein macedonisch, also grösser und besser.



Zerstörte Hoffnungen im Alter Das Ende einer Werkpensionskasse

Von den Unternehmern wurde in der Vorkriegszeit mit Mißfallen der Aufstieg der freigewerkschaftlichen Bewegung beobachtet. Man sann auf Mittel, um die Arbeiter dem gewerkschaftlichen Einfluß zu entziehen. Eines der Mittel war die Errichtung von Arbeiter-Versorgungs- oder Werkpensionskassen, die den Arbeitern im späteren Alter nach langjähriger Betriebszugehörigkeit eine Unterstützung zu der Rente aus der Sozialversicherung sichern sollten. Man hängte den Werkpensionskassen den Mantel der christlichen Unternehmerliebe für die Arbeiter um, während die Beweggründe ganz andere waren. Es galt die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, sie der gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten, sie der Gefahr des Verlustes späterer Unterstützung auszusetzen, wenn sie sich mit in Kampfstellung zum Unternehmer begeben würden. Es sollte ein Zwangsmittel sein, die Arbeiter gefügig und unterwürfig zu halten, sie unfrei zu machen, damit sie willige und billige Lohnsklaven bleiben sollten. Die Absicht ist vorbeigelungen, mit solchen Mitteln konnte der Aufstieg der Gewerkschaften nicht gehemmt werden. Die Masse der Arbeiter erkannte die Profitwölfe im christlichen Pelz. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil ging — freiwillig und unfreiwillig — den Ausbeutern auf den Leim. Heute stehen diese Leute am Grabe ihrer Hoffnung, im späteren Alter besser versorgt zu sein.

Nur ein Beispiel von vielen sei angeführt. Es handelt sich um die Versorgungskasse des „Phönix“, Abteilung Hoerder Verein. Zur traurigen Berühmtheit ist diese Kasse gelangt durch einen, man möchte fast sagen, heroischen Kampf ehemaliger alter Arbeiter, die vor Jahren entlassen worden sind, ohne eine Unterstützung zu erhalten. Arbeiter sind dabei, die bis zu 44 Jahren beim Hoerder Verein beschäftigt waren, treu und redlich ihre Beiträge der Kasse leisteten und nun leer ausgehen. Sie haben die Voraussetzungen nicht erfüllt, die zum Bezuge einer Werkpension berechtigten.

Welche Bedingungen müssen erfüllt sein? Man muß infolge Krankheit, Alters oder Verletzung arbeitsunfähig geworden sein, und nach einer anderen Vorschrift innerhalb eines Jahres die Invalidenrente beziehen. Diejenigen, die in dieser Zeit die Anerkennung ihrer Invalidität nicht erreichen konnten, denken mit Wehmut an ihre Beitragsleistungen und damit an das dahingeschwundene Anrecht. In den Jahren 1923 bis 1926 sind sie entlassen worden, aber erst von 1928 an beziehen sie Rente. Und seit vier Jahren versuchen sie nun in Eingaben an die Aufsichtsbehörde, an das Reichsarbeitsministerium, an die politischen Parteien, an die Presse, in Kundgebungen — ohne Rückendeckung einer Gewerkschaft —, den Gegner Werkverwaltung zu besiegen.

Der Kampf begann mit dem Hinweis, daß eigentlich der Staat der Schuldige sei, weil durch die Aufsichtsbehörde vorgeschrieben worden ist, daß die Gelder der Versorgungskasse, die vor dem Kriege 7,4 Millionen Mark betragen, mündelsicher angelegt werden mußten und der Inflation verfallen seien. Die Werkleitung unterstützte ein solches Verlangen, zweifellos in der Absicht, die Forderungen loszuwerden. Da aber das Reichsarbeitsministerium nichts tun konnte, entwickelten sich die Auseinandersetzungen mit der Werkleitung.

Im Laufe der Zeit kam es zu Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium. Sie gingen dahin, Reichszuschüsse für die Versorgungskasse zu erhalten. Das Reich gewährte diese allerdings nur für solche, die auch von der Werkpensionskasse eine Pension erhalten.

Das Reichsarbeitsministerium hatte dann der Firma nahegelegt, Kassenmitgliedern, die zwar bei ihrem Ausscheiden aus

der Firma noch nicht invalide waren, aber ihre Mitgliedschaft zur Kasse aufrecht erhalten oder viele Jahre Beiträge entrichtet haben, in den Genuß einer Unterstützung treten zu lassen. Die Firma lehnte auch das ab, so daß auf Grund der Richtlinien vom Reichsarbeitsministerium eine Reichsbeihilfe nicht gewährt werden konnte. Die Unterstützung durch die Firma war Voraussetzung für die Bewilligung der Reichsbeihilfe.

Diese Sachlage hat keine Änderung erfahren. Die um ihre Hoffnungen betrogenen alten Arbeiter wurden von der Werkleitung immer wieder zurückgewiesen, obwohl sie bettelten, flehten, scharfe Entschlüsse faßten und die Öffentlichkeit immer wieder auf ihren Kampf lenkten. Die Firma blieb mit den Worten: „Wir müssen starr an den Richtlinien festhalten“ auf ihrem ablehnenden Standpunkt stehen. „Es tut mir außerordentlich leid“, so schreibt der Generaldirektor Fahrhorst, „daß ich nicht helfen kann; die Verhältnisse sind aber so stark, daß guter Wille dahinter zurücktreten muß.“

Nun sind nochmals die Reichstagsfraktionen von den Alten, die sich die Unberücksichtigten nennen, um Hilfe angegangen worden; aber gleichzeitig wird auch von der Auflösung der Kasse geschrieben. Und nach der statutarischen Bestimmung gibt es keine Möglichkeit, bei einer solchen Auflösung an ausgeschiedene Arbeiter Unterstützungen aus der Verteilungsmasse zu gewähren, wenn nicht in letzter Minute durch Verhandlungen eine günstige Vereinbarung erzielt wird. Und abermals rufen die Alten in einem Aufruf um Hilfe, indem sie am Schluß sagen:

„Wir flehen Euch an! Helft uns, daß uns unser Recht wird. Ihr Jungen, die ihr noch kämpfen könnt, wißt, das Volk ist nichts mehr wert, das seine Alten rechtlos macht und verhungern läßt.“

So geht diese Tragik ihrem Ende entgegen. Ein Beispiel von vielen. Es sind nicht die einzigen, die durch Werkpensionskassen oder auch durch andere freiwillige Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer ehemals an die Betriebe gefesselt, heute ihre Hoffnungen zerstört sehen. Tausende von Mark, die sie an Beiträgen leisteten, sind gegeben, ohne die erwartete Hilfe im Alter zu erhalten.

Ja, es ist so: der Ruf nach Hilfe bei den Jungen sollte ebenso wenig unbeachtet untergehen, wie für die Alten die Pflicht besteht, selbst noch zu der Arbeiterbewegung zu stehen, die den die Arbeiter betrügenden Kapitalismus überwindet.

Albert Hofmann.

Das ist kommunistische Einheitsfront

Am Morgen des 11. Mai haben 15 Kommunisten den Geschäftsführer unserer Verwaltungsstelle in Limbach, den Kollegen Heide, überfallen, niedergeschlagen und böse zugerichtet. Unser Kollege befand sich auf dem Wege zum Gelände des Schwimmvereins, wo er zu tun hatte. Hier überfielen ihn die Kommunisten, warfen ihn zu Boden und versetzten ihm Fußtritte, dann rissen sie aus. Daß der Überfall vorbereitet war, läßt der Umstand annehmen, daß die Kommunisten Posten ausgestellt hatten. Unser Kollege trägt eine Verletzung der Hand, des Kiefers und eine Gehirnerschütterung davon.

Der Beweggrund dieser viehischen Tat dürfte darin zu suchen sein, daß sich der Kollege Heide der Spalttreiber der Kom-

munisten tatkräftig widersetzt und ihre Verleumdungen des DMV und seiner Angestellten als glatte Lügen entlarvt, auch widerstand unser Kollege den Versuchen der RGO, die Arbeiterschaft in unsinnige Streiks zu hetzen. Der Hauptzweck des kommunistischen Unfugs ist, unsere Verwaltungsstelle in Limbach zu zerstören. Dagegen stemmte sich unser Kollege mit aller Kraft, da er nicht will, daß die Metallarbeiter in dieser schweren Zeit ihres einzigen Schutzes verlustig gehen. Für seine gewerkschaftliche Gewissenhaftigkeit wurde er von den Kommunisten niedergeschlagen.

An diesem Vorfall ist zu ersehen, was von der Parole der Einheitsfront der Kommunisten zu halten ist. Wo sie von Einheitsfront mit den Gewerkschaften reden, sollte von dem Überfall auf unsern Kollegen Heide geredet werden.

Die neue Tariflohnstatistik des ADGB

Die übliche Tarifstatistik des ADGB in der Gewerkschaftszeitung vom 9. April gibt ein umfassendes Bild über das Ausmaß der Lohnsenkungen im letzten Krisenjahr. 1930 blieben hiernach die Tariflöhne zwar unverändert, dagegen wurden systematisch die übertariflichen Arbeitsverdienste abgebaut, was die Lohnneinkommen um durchschnittlich 3 bis 7 vH verringerte. Dagegen brachte das Jahr 1931 die große Offensive der Unternehmer gegen die Tariflöhne, die im Laufe der ersten drei bis vier Monate mit Unterstützung der Regierung zu einer Senkung der Tariflöhne um 6 bis 7 vH führte.

Die zweite Lohnabbauwelle im Herbst ließ zwar die Hälfte der Arbeiter von Lohnkürzungen verschont bleiben, brachte aber dennoch durchschnittlich eine weitere Lohnkürzung um 2 bis 3 vH, bis dann die Notverordnung vom 8. Dezember eine neue schematische Lohnkürzung für alle Arbeiter um 10 bis 15 vH herbeiführte, die sich im Januar 1932 überall voll auswirkte.

Ein Vergleich der Stundenverdienste der männlichen Arbeiter für Januar 1932 gegen Dezember 1930 zeigt das Ausmaß der gesamten Lohnkürzungen des Jahres 1931. Am stärksten sind hiernach, wenn wir die einzelnen Berufsgruppen einmal herausheben, die Tariflöhne der gelernten und ungelerten Gemeindearbeiter in diesem Zeitabschnitt gefallen, nämlich um 22,6 und 21,2 vH. Ein ähnliches Ausmaß hatten die Lohnsenkungen im Jahre 1931 bei den gelernten Kartonnagearbeitern (21,1 vH), bei den Buchbindern (20,5 vH), den Kupferschmiedern (20,1 vH) und den Facharbeitern der Schuhindustrie (19,4 vH). Die geringsten Lohnkürzungen weisen auf die Maßschneider (11,3 vH), die Ofensetzer (13,1 vH), die Tapezierer (14,6 vH) und die Brauereiarbeiter (14,9 vH). Die übrigen Berufe erlitten Lohnkürzungen um 15 bis 20 vH. Die Ausfälle durch die zunehmende Kurzarbeit und zeitweiligen Beschäftigungsausfall sind nicht eingerechnet.

So zeigt diese Statistik noch nicht einmal das ganze ungeheure Ausmaß der Kaufkraftschrumpfung, die durch keine entsprechende Preisrückgänge aufgewogen wurde. Mit Recht hebt die Gewerkschaftszeitung hervor, daß es die unheilvolle Lohnpolitik der Regierung gewesen ist, die sich an der Schrumpfung der Wirtschaft und dem grauenvollen Anwachsen der Arbeitslosigkeit mitschuldig gemacht hat.

Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin. Von Fritz Fricke. Preis 2,20 M. Organisationspreis 1,50 M. Heft 2 der vom Bundesvorstand des ADGB herausgegebenen Schriftenreihe „Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“. Diese Arbeit verdient besondere Beachtung.

Nanu? was ist denn das?

Erwerben Sie es jetzt!

Nur noch etwas Geduld - die nächste Woche bringt die Lösung!

Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Kurzarbeiterunterstützung

Zusammenstellung der Anfang April 1932 gültigen Vorschriften

● Zweite Auflage sieben erschienen!

Preis für Verbandsmitglieder 20 Pf. Durch den Buchhandel 25 Pf.

Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 142-143

Die Neugestaltung des Aktienrechts

auf Grund der Notverordnungen

70 Seiten - Preis 20 Pfennig

Reichsdruckpreis 25 Pfennig

Verlagsgesellschaft des DMV GmbH, Berlin SW 68

Elektromeister- und Radioschule

Prospekt 2 frei, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 54

Wir faxieren u. Ansehen - das ganz billig

oder wir verschicken Prospekte gratis von

Wien-Bonn, Berlin SW 29/287, Lützen Str. 3

Blaue Arbeitsanzüge

aus sehr gutem schweren Blautuch 3,00

aus sehr gutem schweren Köperdrell 5,10

aus allerschw., unverwüstl. Riesendrell 6,50

Jacke 2 Seiten, 1 Brusttasche, Hose, 2 Taschen

Versand Nachn. Verp. frei. Ab 20.— franko.

Beste Meterung garant. Preisl., Muster frei.

Merzler & Co. Kiefernstraße, Würzburg 104